

# Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



**Entschädigt?  
S. 5**



**Frieden?  
Spanisch?  
Baskisch?  
S. 7**



**Kommunale Wirtschaft  
in Konflikten  
S. 14**  
**Tarifrunde 2000  
S. 16**



**Hintergründe  
des Tschetschenien-  
Krieges  
S. 20**



## Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK  
- ERSCHIET VIERZEHNTÄGLICH

**Herausgeber:** Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

**Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:**

**Aktuelles aus Politik und Wirtschaft:** Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821.

**Auslandsberichterstattung:** Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

**Regionales / Gewerkschaftliches West ...:** Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32 ... und Ost Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030 / 24009468, Fax: 030 / 24009469

**Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite:** Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32

**In und bei der PDS:** Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373

**Termine:** Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Politischen Berichten veröffentlichen die Mitteilungen der „**ArGe, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS**“.

**Verlag:** GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

**Druck:** GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

## Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ..... Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
- o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
- o Halb- o Jahres-Sozialabo ( 32,50 DM / 65 DM).
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Kto-Nr. .....

BLZ: .....

Bank: .....

Unterschrift: .....

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

**LADENSCHLUSS!** Der vor allem von der hbv und den Kirchen getragene Widerstand gegen die völlige Deregulierung der Ladenschlusszeiten hat einen Erfolg errungen: Die Bundesregierung billigte am 15.12. den „Erfahrungsbericht zum Ladenschluss“, der im wesentlichen auf Gutachten der Sozialforschungsstelle Dortmund und des Ifo-Instituts beruht. Danach sind – entgegen der aggressiven Propaganda der Deregulierer – drei Viertel der Verbraucher mit den geltenden Ladenöffnungszeiten zufrieden, 74% wünschen keine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten montags bis freitags, 66% auch nicht an Samstagen. Der Bericht widerlegt auch die Arbeitsplatz-Propaganda. So hatte es 1996 geheißen, die Verlängerung auf 20 Uhr montags bis freitags bzw. 16 Uhr samstags würde ca. 50.000 neue Arbeitsplätze schaffen – tatsächlich wurden 6% vernichtet. Der Bericht soll Grundlage für weitere Gespräche zwischen Ländern, Verbänden, Gewerkschaften und Kirchen sein.

**VERLIERER.** Der Bund wird nun doch auch zukünftig die Hälfte des pauschalen Wohngeldes finanzieren, anstatt wie geplant auf die Länder und Kommunen abzuwälzen. Dies ist das Ergebnis des Widerstands von Ländern und Kommunen, aber auch der PDS, die einen entsprechenden Gesetzentwurf vor Wochen eingebracht hat. Nichts geändert hat sich jedoch an der beabsichtigten Abschaffung des pauschalen, „mitwachsenden“ Wohngeldes für Sozialhilfeempfänger. Das heißt, Sozialhilfeempfänger sollen nur noch einen Mietzuschuss erhalten, dessen Höhe sich nicht an den tatsächlichen Kosten, sondern an einer gesetzlich festgelegten zuschussfähigen Miete bemisst. Laut Auskunft des Bundes Freier Wohnungsunternehmen überschreiten 60% der Sozialhilfe beziehenden Haushalte diese neuen Mietobergrenzen; sie erhalten zukünftig einen Mietzuschuss, der unter ihrem pauschalen Wohngeld liegt.

**ASYLBERECHTIGUNG.** Der Hessische Verwaltungsgerichtshof hat ein Urteil des Verwaltungsgerichts Gießen aufgehoben und festgestellt, dass die Beteiligung eines Kurden an einer Autobahnblockade 1994 seiner Anerkennung als Asylberechtigtem nicht im Wege steht. Dem Kläger, der zu einem Jahr und neun Monaten verurteilt worden war, weil er sich bei der Blockade mit Benzin übergossen hatte, drohe aufgrund seiner hervorgehobenen Aktivitäten in Deutschland „mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit“ politische Verfolgung in der Türkei. Auch sei die Autobahnblockade nicht als terroristische Tat zu werten, da sie sich nicht geplant und gezielt gegen Unbeteiligte gerichtet habe. Außerdem kritisierte der VGH die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts, nach der Flüchtlingen der Asyl-Anspruch aberkannt wird, wenn sie unter dem Schutz des Asylrechts nur „ei-

nen neuen Kampfplatz für terroristische Aktivitäten suchen“, indem sie etwa PKK-Führungsfunctionen wahrnahmen. Die gesetzliche Grundlage für diese Beschränkung sei nicht erkennbar, so der VGH. (AZ: VGH 12 UE 2984/97.A)

**HERMES-REFORM: JETZT!** 120 Mrd. DM betrug der Finanzrahmen der Hermes-Bürgschaften im Entstehungsjahr 1949 – 1999 sind es 220 Mrd. DM. Hermes-Bürgschaften wurden in diesen 50 Jahren zum Abstand bedeutendsten Instrument der staatlichen Exportförderung und damit der Expansion deutschen Kapitals. Die „Hermes-Reform-Kampagne“, die von 120 Organisationen getragen wird, kritisieren die oft katastrophalen Folgen der Vergabepraxis. Oft werden umstrittene Projekte wie der Staudamm Ilisu (Türkei) gefördert, die zur Umsiedlung Zehntausender Menschen führen, oder andere sozial und ökologisch verheerende Großprojekte. Auch finanziell sind die Bürgschaften meist nur für deutsche Unternehmen von Vorteil, für die Importländer dagegen eine Belastung. Z.B. übernimmt die Hermes-Versicherung Forderungen, die private deutsche Unternehmen gegen private Unternehmen in Trikont-Ländern haben, macht dann aber das Empfängerland verantwortlich. Folge: Private Schulden werden im Schadensfall zu einer öffentlichen, die teils von den Steuerzahldern hier, zum großen Teil von der Bevölkerung in den Empfängerländern zu begleichen ist. Die Hermes-Reform-Kampagne fordert u.a., dass für Großprojekte, die zu Umsiedlungen von mehr als 5.000 Menschen führen, für Atomgeschäfte, Rüstungsexporte Ausfuhrgewährleistungen ausgeschlossen werden.

**WORT UND TAT.** Die von der evangelischen und katholischen Kirche getragene Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung fordert die Regierung zu restriktiver Politik bei Rüstungsexporten auf. Sie kritisiert, dass die BRD überproportional vom Anstieg des weltweiten Waffenhandels profitiert, die Genehmigungspraxis undurchsichtig ist und die Diskussion über die Neufassung der politischen Grundsätze für Rüstungsexporte nicht vorankommt. Gemessen an den Absichtserklärungen beim Amtsantritt müsste sich die Koalition eine „wenig optimistische Bilanz“ vorhalten lassen.

**WAS KOMMT DEMNÄCHST?** Der Bundestag tagt nach der Winterpause wieder am 20.1. und befasst sich u.a. mit dem Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Mensch / Umwelt / Konzept Nachhaltigkeit – Vom Leitbild zur Umsetzung“, mit verschiedenen Anträgen der Parteien und Regierungsberichten zum Themenkomplex „neue Medien“, Medienordnung, Informationstechnik. Am 21.1. steht der Bericht der Wehrbeauftragten an.

# Von der Neuen Mitte zur Neuen Selbstständigkeit

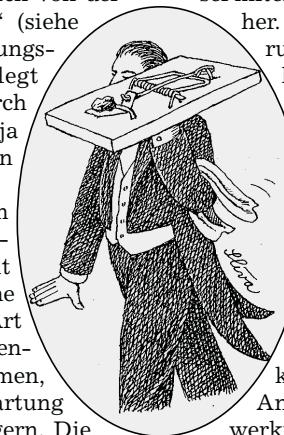
Der Parteitag der SPD Anfang Dezember umging die Frage nach Gründen für die Wahlniederlagen des letzten Jahres. Mit dem umfangreichen Beschluss „Innovation und Gerechtigkeit – Perspektiven sozialdemokratischer Regierungspolitik“ begab man sich auf die Flucht nach vorne. Von Verlusten bedroht, strebt die SPD danach, sich eine ausreichende soziale Basis durch Regierungspolitik zu schaffen. Nun dauert es lange, bis sich Menschen in ihrer Lebensplanung und -realität auf politische Angebote einstellen, viel länger jedenfalls als etwa eine Legislaturperiode. Aber im Bildungsprozess der öffentlichen Meinung wirken nicht nur verfestigte Tatsachen. Anhaltspunkte für einen Trend tun es auch.

Die SPD versucht durch die Regierungspolitik, der etwas fiktiven „Neuen Mitte“ Entwicklungshilfe zu geben. Das lässt sich als durchgängiges Motiv des Antrags erkennen. Allerdings redet man inzwischen nicht mehr von der „Neuen Mitte“ sondern – deutlicher – gleich von der „Neuen Selbstständigkeit“ (siehe Kasten), die von der Regierungspolitik gehegt und gepflegt werden soll. Vor allem durch gesellschaftliche Achtung, ja Glorifizierung ihrer sozialen Funktion.

Das Problemfeld, in dem sich die neuen Selbstständigen bewegen, wird gezielt unzulänglich bestimmt. Eine erhebliche Quelle dieser Art Selbstständigkeit ist die Tendenz der großen Unternehmen, Teilbereiche in der Erwartung von Ersparnissen auszulagern. Die neue Selbstständigkeit ist in der Folge oft, ja meist von einer erdrückenden Nachfragemacht der alten Auftraggeber umschlossen. Mit vielleicht unfreiwilliger Offenheit streift man dies Thema: „Insgesamt werden die Grenzen zwischen Selbstständigkeit und Beschäftigung fließender als früher, wird der Wechsel in Beschäftigung und Status normaler als zuvor.“ Bereits heute laufen verflossene Selbstständige zu Hunderttausenden mit Schulden beladen von Umschuldung zu Umschuldung.

Die positiven Ankündigungen der Regierung lauten auf Wegfall hinderlicher Vorschriften, Erleichterung des Kredits (statt wie früher ehrlich von „Risikokapital“ müssen die Sozis jetzt von „Chancenkapital“ reden) und schließlich Hilfe bei der Erschließung internationaler Märkte.

Das Leitbild des Neuen Selbstständigen steht. Aber ähnlich wie sich die



„Neue Mitte“ nicht ohne „Oben“ und „Unten“ denken lässt, fordert der Begriff des „Neuen Selbstständigen“ den „Neuen“ oder auch „Alten“ Abhängigen. Ein langes Zitat zeigt, dass die SPD das Analysieren nicht verlernt hat:

„Das „Normalarbeitsverhältnis“ in Form von Vollzeitbeschäftigung an fünf Werktagen in der Woche hat an Umfang verloren, während nichtstetige Beschäftigungsformen, Geringfügigkeitsjobs, Teilzeitarbeit, befristete Arbeit, Nachtarbeit, Schicht- und Wochenendarbeit zunehmen werden.

Diese Tendenz wird sich aus ökonomischen Gründen, aber auch auf Grund veränderter Bedürfnisse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fortsetzen. Unsere Arbeitswelt wird dem Leitbild der kontinuierlichen Beschäftigung damit immer weniger entsprechen. Das schafft Probleme, aber es erwachsen auch neue Chancen, um z.B. Erwerbs- und Familienarbeit für Frauen und Männer besser miteinander zu vereinbaren als bisher. Ziel ist die soziale Absicherung aller Beschäftigungsverhältnisse für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit existenzsicherndem Einkommen.“

In der objektivierenden Aussageform versteckt die SPD politische Absichten. Sie will diese Entwicklung gehen lassen. Die einzelnen Punkte dienen der Illustration einer Tendenz: Verfügbarkeit der Arbeitskraft für deren Anwender. Tags oder nachts, werktags oder sonntags, dauernd oder ab und zu – wie es kommt, das heißt: Wie es gebraucht wird.

Eine problematische Entwicklung steckt auch in der Forderung nach „existenzsicherndem Einkommen“. Existenz meint das schiere bloße Dasein. Man beachte die Differenz etwa zu: „Auskommen“ oder „Wohlstand“.

Das Problem der sozialdemokratischen Strategie liegt darin, dass zwei entgegengesetzte Botschaften in die Welt der Arbeit gesendet werden: Den Neuen Selbstständigen (und denen, die sich dafür halten) wird der Beruf zugeschrieben, durch ihren Innovations- und Erwerbstrieb die ganze Gesellschaft voranzubringen. Indem sie ihr Glück machen, machen sie das allgemeine Glück. Der breiten Masse wird, freilich weniger laut, aber im Ton der wissenschaftlich unumstößlichen Diagnose eröffnet: Ihr müsst Euch den Anforderungen, neuen und alten: fügen. *maf*

## Dokumentiert

### **Neue Selbstständigkeit – neue Beschäftigung fördern**

Wirtschaft und Gesellschaft sind im Aufbruch. Auch der Mittelstand verändert sich: Dienstleistungsunternehmen expandieren, eine Existenzgründerwelle ist angelaufen, eine neue Kultur der Selbstständigkeit setzt sich durch; zugleich nimmt auch der traditionelle Mittelstand immer stärker an der Internationalisierung des Wirtschaftslebens teil. Virtuelle Unternehmen und Kooperationen im Bereich hochwertiger Dienstleistungen werden gegründet. Insgesamt werden die Grenzen zwischen Selbstständigkeit und Beschäftigung fließender als früher, wird der Wechsel in Beschäftigung und Status normaler als zuvor.

Auch junge Frauen und Männer als Unternehmer und Selbstständige, Wissenschaftler, Techniker und Ingenieure, Handwerker ebenso wie Freiberufler mit Eigenverantwortung, Leistungswillen und Ideen sind gefordert, um den Strukturwandel von Wirtschaft und Gesellschaft für eine sichere Zukunft erfolgreich zu bewältigen. Sie wollen wir für eine gemeinsame Anstrengung gewinnen und dazu motivieren, sich für eine sichere Zukunft zu engagieren.

Ihnen wollen wir den notwendigen Freiraum schaffen, den sie brauchen, um Eigeninitiative zu entfalten und neue Ideen umzusetzen. Denn junge Unternehmen, mittelständische Betriebe in Handwerk, Handel, Dienstleistungen und Freiberufler, sie schaffen Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze, sie erschließen neue Wachstumschancen und Märkte, sie setzen neue Ideen in neue Produkte und Produktionsverfahren um. Wir brauchen einen dynamischen, innovativen Mittelstand. Deswegen werden wir

- die Innovationsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen stärken. Denn hier werden die meisten neuen, zukunftsfähigen Arbeitsplätze geschaffen.
- die Innovationsgeschwindigkeit erhöhen und dem Transfer von Wissenschaft zu Wirtschaft neue Anstöße geben, denn nur so können wir auf den Weltmärkten ganz vorn mitwirken.
- die Förderung für kleinere und mittlere Unternehmen konzentrieren und vereinfachen, denn Innovationen dürfen nicht daran scheitern, dass staatliche Hilfe nur mit einem spezialisierten Berater erreichbar ist.
- die Bedingungen herstellen, damit sich Unternehmergeist und Innovationen wieder entfalten können, ohne durch zu hohe Steuern und Abgaben behindert zu werden.

(...) In Deutschland mangelt es nicht an kreativen Menschen. Wir werden die Rahmenbedingungen so verändern, dass unternehmerische Initiative, innovative Ideen und wirtschaftliches Wachstum auch durch ein entsprechendes gesellschaftliches Klima unterstützt werden.“

## „Vereintes Europa aus dem Geist des Krieges“

Die jüngste Tagung des Europäischen Rates, die am 10./11. Dezember in Helsinki stattfand, bedeutet einen Meilenstein auf dem Weg zur Militarisierung der EU. Die Europäische Union hat den Aufbau einer Eingreiftruppe beschlossen und damit bekräftigt, dass sie als Ganze und verstärkt fortzusetzen gedenkt, was einige ihrer Mitgliedstaaten im Eroberungskrieg gegen Jugoslawien praktizierten: die militärische Durchsetzung imperialer Interessen. Im Schlusskommuniqué der Präsidentschaft heißt es dazu lapidar: „Spätestens im Jahr 2003 müssen die Mitgliedstaaten im Rahmen der freiwilligen Zusammenarbeit bei EU-geführten Operationen in der Lage sein, innerhalb von 60 Tagen Streitkräfte im Umfang von 50.000 bis 60.000 Personen, die imstande sind, den Petersberg-Aufgaben in ihrer ganzen Bandbreite gerecht zu werden, zu verlegen und dafür zu sorgen, dass diese Kräfte für mindestens ein Jahr im Einsatz gehalten werden können. Innerhalb des Rates werden neue politische und militärische Gremien und Strukturen geschaffen, um die Union in die Lage zu versetzen, unter Wahrung des einheitlichen institutionellen Rahmens die notwendige politische und strategische Leitung dieser Operationen zu gewährleisten.“

Bei den ins Auge gefassten militärischen Interventionen wird die EU auf

Planungskapazitäten und militärische Mittel der NATO zurückgreifen können, die eigenen Mittel aber, so ist beabsichtigt, zunehmend ausbauen. Der Beschluss, zu dem die USA die EU ermuntert und regelrecht aufgefordert hatten, birgt in mehrfacher Hinsicht Sprengstoff.

*Erstens* bedeutet er für die Beitrittskandidaten eine einschneidende Änderung der Bedingungen ihrer Mitgliedschaft: Sie hatten sich um die Mitgliedschaft in einer im wesentlichen wirtschaftlichen und politischen Union beworben und werden nun für die Militarisierung in Anspruch genommen. „Sie wissen doch so gut wie ich“, stellte Außenminister Fischer am 3.12. im Bundestag das Interesse der europäischen Großmächte klar, „dass ein wesentlicher Teil der Osterweiterung der Europäischen Union gleichzeitig präventive Sicherheitspolitik ist“. Die zukünftigen Mitglieder im Osten und Südosten werden zu Grenzposten der imperialen Militärmacht und Festung Europa, ob sie wollen – oder nicht. Was das gegebenenfalls bedeutet, bekommt gerade erst Rumänien zu spüren: Die EU übernahm de facto die Regierungsgewalt, da sie mit dem Kurs von Regierung und Parlament nicht einverstanden und über die sozialen Unruhen besorgt war.

*Zweitens* missachtet er die Neutralität von EU-Mitgliedern bzw. die Tatsache, dass einige Mitglieder mit Bedacht zwar der EU, nicht aber der WEU beigetreten waren. Mit der immerwährenden Neutralität, zu der sich Österreich verpflichtet hat, ist der Beschluss unvereinbar. Für

mehrere Länder jedenfalls zieht der Beschluss Verfassungsänderungen nach sich.

*Drittens* verschieben sich innerhalb der EU die Gewichte weiter zu den – auch militärisch überlegenen – Großmächten. Österreich und die skandinavischen Mitgliedsländer hatten in Helsinki den Ausbau der zivilen Krisenprävention gefordert, vergeblich. Die Bestrebungen, die EU so zu „reformieren“, dass gegebenenfalls widerstrebende Interessen kleinerer Mitgliedsländer niedergestimmt werden können, erhalten durch die Militarisierung Auftrieb.

*Viertens* beinhaltet der Beschluss weitere Angriffe auf die UNO und das Völkerrecht. Die *Zeit* (16.12.) weist darauf hin, „dass die Europäer für Interventionen weder eine geografische Grenze ziehen noch ein Mandat des Sicherheitsrats verlangen“.

Der Beschluss, wird er durchgesetzt, wird Europa verändern. Doch noch ist er nicht durchgesetzt, und die genannten Punkte machen deutlich, dass Widerstand an vielen Fronten möglich und auch nicht unwahrscheinlich ist. Schon vor Helsinki wurde Widerstand im Europaparlament formuliert. Zwar befürwortete das Europaparlament mehrheitlich Kriege als Mittel der EU-Politik, aber eine Minderheit stimmte dagegen. Diese Minderheit geht weit über die gut 30 Stimmen der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken / Nordischen Grünen Linken hinaus, die die Ablehnung in Änderungsanträgen formuliert hatte (siehe Dokumentation). scc

•

### Dokumentiert

## Krieg ist wieder Mittel der internationalen Politik

Mit 274 zu 110 Stimmen hat das Europäische Parlament am 19. November den Antrag der Linksfaktion (KVEL/NGL) abgelehnt, für die Europäische Union „Krieg als Mittel zur Lösung internationaler Konflikte“ auszuschließen. Die stellvertretende Vorsitzende der KVEL/NGL-Faktion Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann, erklärte dazu:

Mit großem Entsetzen haben wir zur Kenntnis genommen, dass die Mehrheit der Abgeordneten des Europäischen Parlaments Krieg als Mittel der internationalen Politik befürwortet. Dies ist eine Zäsur in der Geschichte der europäischen Einigung. Es ist nicht nur ein Verstoß gegen das erste völkerrechtliche Dokument des 20. Jahrhunderts, den Briand-Kellog-Pakt, in dem Krieg als Mittel der Politik ausdrücklich geächtet wird, sondern auch gegen die Selbstverpflichtung aller Staaten der Europäischen Union zur friedlichen Konfliktlösung und zur Ablehnung des Krieges als politischem Mittel in den internationalen Beziehungen.

Unsere Fraktion stellt sich entschieden gegen die Geburt eines vereinten Eu-

ropas aus dem Geist des Krieges. Darüber hinaus lehnt sie die Aufstellung einer Europaarmee unter dem Dach der WEU ab. Sie sieht die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments zur Legitimität von Kriegen in den internationalen Beziehungen als Herausforderung, zusammen mit ihren europäischen Partnerorganisationen die Anstrengungen für ein soziales, demokratisches und friedliches Europa noch zu intensivieren.

### Aus der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 19. November

#### „Sicherheit und Verteidigung“ (Das Europäische Parlament)

33. teilt die Ansicht, dass nach der Erklärung der Mitgliedstaaten auf der Tagung des Europäischen Rats in Köln die Instrumente der GASP verstärkt werden müssen, und fordert auf der Grundlage eines genauen, verbindlichen Zeitplans die Festlegung einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die die externen Grenzen der Europäischen Union garantiert, zusammen mit Verfahren, die die nationalen Interessen der einzelnen Mitgliedstaaten schützen;

34. fordert, dass durch Einbindung der WEU nach einem konkreten Zeitplan eine auf glaubwürdigen militärischen Mitteln basierende Handlungsfähigkeit geschaffen wird; ist der Ansicht, dass die institutionellen Probleme im Zusammenhang mit einer solchen Einbindung und ihre Folgen gebührend berücksichtigt werden müssen und dass neutrale und bündnisfreie EU-Mitgliedstaaten die Möglichkeiten haben müssen, sich in vollem Umfang und gleichberechtigt an den EU-Operationen zu beteiligen;“

### Änderungsanträge der KVEL/NGL

(die Ziffern beziehen sich auf die Nummerierung des Entwurfs, nicht der dann verabschiedeten Entschließung)

Ziffer 26a (neu): „erinnert daran, dass die Europäische Union den Krieg als Mittel zur Lösung internationaler Konflikte ablehnt;“

Ziffer 27: „fordert eine Handlungsfähigkeit der Union, die nur auf zivilen und diplomatischen Mitteln zur Wahrung und Gewährleistung ihrer Sicherheit basiert;“

Ziffer 27a (neu): „fordert, dass die Neutralität einzelner Mitgliedstaaten geachtet wird;“

## ÖTV gegen Kriegsvorbereitung

Vor einigen Ausgaben (PB 20/99, S. 12) veröffentlichten wir den Artikel „Bundeswehr will Zugriff auf zivile Krankenhäuser“. Der Zugriff nimmt Gestalt an: Im November informierte der Betriebsrat des Städtischen Klinikums Karlsruhe die MitarbeiterInnen darüber, dass das Klinikum mit der Bundeswehr über einen Kooperationsvertrag verhandelt.

Dieser Vorgang ist Bestandteil eines großangelegten Versuchs der Bundeswehr, sich Zugriff auf das personelle und technische Potential der größten zivilen Krankenhäuser in ganz Deutschland zu verschaffen. Während es im Mustervertrag (zwischen Verteidigungsministerium und Deutscher Krankenhausgesellschaft – Red.) noch heißt: „Grundsätzlich bleibt das Krankenhaus im Falle der Mobilisierung durch Belassen des dortigen Personals im vollen Umfang funktionsstüchtig“, will man die Karlsruher Klinikumsbeschäftigte vollends zur Personalreserve der Bundeswehr degradieren. Der Betriebsrat informiert: „Im Unterschied zu dem erwähnten Mustervertrag ist vorgesehen, dass Personal des Städtischen Klinikums im Bedarfsfall an Bundeswehrkrankenhäuser abgeordnet wird. Das heißt, dass beispielsweise bei der Entsendung von Soldaten in Krisengebiete das Klinikum Personaltersatz für die Bundeswehr leistet. Es würde sich damit zur Personalbeschaffungs- und Personalvermittlungseinrichtung der Bundeswehr machen.“

Wie die ÖTV Karlsruhe informiert, versucht die Bundeswehr, Einfluss auf die Arbeitsvertragsabschlüsse zwischen dem Krankenhausträger und seinen Beschäftigten zu gewinnen. „So wird z.B. angestrebt, Arbeitsverträge so zu gestalten, dass einem Einsatz in einem Bundeswehrkrankenhaus nicht widersprochen werden kann.“ Die ÖTV Karlsruhe kündigte Widerstand an. „Keine Kriegsvorbereitung durch Kooperationsverträge ziviler Krankenhäuser mit der Bundeswehr,“ forderten die Kreisdelegierten in einem Antrag an den Gewerkschaftstag. „Die ÖTV wirkt darauf hin, dass eine Vernetzung ziviler Krankenhäuser und Einrichtungen des öffentlichen Gesundheitswesens mit der Bundeswehr und militärischer Bündnisse unterbleibt.“ Die Beschäftigten der Krankenhäuser sollten sich entschieden gegen ihre Verplanung für den Krieg zur Wehr setzen. Sie sollten von ihren Verwaltungen Aufklärung über eventuelle Verhandlungen mit der Bundeswehr verlangen. Verhindern wir die Vernetzung der Krankenhäuser mit dem Militär. So können wir etwas gegen den nächsten Krieg tun.

Lothar Galow-Bergemann (gekürzt)

## Sicherer Lebensabend für die Opfer: Kein Schlussstrich im Interesse der Industrie

Nach endlos langen Verhandlungen erklärte sich die deutsche Seite bereit, 10 Mrd. DM zur Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern zu zahlen. Der hälftig von der Wirtschaft aufzubringende (von der Steuer absetzbare) Betrag ist noch nicht gesichert. 60 Firmen sind der Stiftung bisher beigetreten. Die Verbände der Opfer traten der Vereinbarung bei, aber aus allen Stellungnahmen spricht tiefe Bitterkeit über die deutsche Seite. Die folgende (leider stark gekürzte) Information des Bundesverbandes Information und Beratung für NS Verfolgte vom 13.12. beleuchtet, dass ohne politischen Druck ein großer Teil der Überlebenden Opfer des Faschismus nicht einmal eine symbolische Entschädigung erhalten wird. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma kündigte eine Klage gegen den im folgenden vorgestellten und kritisierten Gesetzentwurf an. scc

In ihrer Koalitionsvereinbarung haben die Fraktionen der rot/grünen Bundesregierung die Einrichtung einer Bundesstiftung „Entschädigung für NS-Zwangsarbeit“ unter Beteiligung der deutschen Wirtschaft vereinbart. Der jetzt vom zuständigen Fachministerium (Bundesministerium der Finanzen) vorgelegte Gesetzentwurf hat mit diesem Projekt nichts gemein.

Statt den Überlebenden der NS-Zwangsarbeit endlich Anerkennung und Entschädigung zuzusprechen, bleiben diese mehrheitlich auch in Zukunft von Leistungen der geplanten Stiftung ausgeschlossen. Tatsächlich werden ihnen die letzten Instrumente zur rechtlichen Durchsetzung von Schadenersatzansprüchen genommen. Der Stiftungsentwurf erniedrigt sie zu Bittstellern und Almosenempfängern.

### Endgültiger Schlussstrich: Im Interesse der deutschen Wirtschaft

In den vergangenen Monaten haben Überlebende versucht, ihre Ansprüche auf Schadenersatz gerichtlich durchzusetzen. Neben den Sammelklagen in den Vereinigten Staaten wurden in über 5000 Fällen deutsche Gerichte angerufen. Entgegen der Rechtsauffassung der Bundesregierung und der beklagten Firmen haben zahlreiche Gerichte Anträge auf Prozesskostenhilfe bewilligt und damit die Erfolgsaussichten der von NS-Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern eingereichten Klagen positiv beurteilt. (...) In ersten vor Gericht geschlossenen Vergleichen sind Summen von 10.000 bis 15.000 DM an überlebende NS-Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter gezahlt worden.

Die deutsche Wirtschaft hat „legal closure“ zu einer der wesentlichen Voraussetzung für die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter gemacht. Bisher verstand man darunter in der Regel einen „letter of interest“ der amerikanischen Regierung. Diese sollte gegenüber den dortigen Gerichten empfohlen, Klageverfahren zugunsten von Leistungen aus einer zu gründenden Stiftung einzustellen, da hierdurch eine bessere, schnellere und unbürokratischere Kompensation der Überlebenden gewährleistet sei. (Darauf) geht das Bundesministerium der Finanzen in seinem jetzt vorliegenden Entwurf weit hinaus.

§ 16 des Entwurfes formuliert unter der Überschrift „Ausschluss von Ansprüchen“: „Ansprüche aus nationalsozialistischem Unrecht gegen die öffentliche Hand ... und gegen deutsche Unternehmen ... können nur nach diesem Gesetz geltend gemacht werden. Weitergehende Ansprüche sind ausgeschlossen.“

Während, wie unten zu zeigen sein wird, lediglich eine Minderheit der Überlebenden NS-Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter Leistungen aus der zu gründenden Stiftung und dies in ungewisser Höhe erwarten kann, soll allen Überlebenden ein für allemal jedes Instrument zur rechtlichen Durchsetzung von Schadenersatzforderungen aus der Hand geschlagen werden. Dies auch gegenüber Firmen, die sich selbst finanziell nicht an der zu gründenden Stiftung beteiligen. Der Hauptzweck dieser Rechtslosstellung der Überlebenden wird in der Begründung zum Gesetzentwurf auch explizit eingestanden.

„Die Gründungsstifter erbringen einmalige Einlagen. Sie wollen über 50 Jahre nach dem Untergang des Dritten Reichs auch ein Zeichen für einen positiven Abschluss der Diskussionen über Verantwortung und Schuld deutscher Unternehmen setzen (...) Die Stiftung soll zur Jahrtausendwende ein abschließendes Zeichen für die umfassende Wiedergutmachung und Entschädigung nationalsozialistischen Unrechts in der Bundesrepublik Deutschland setzen. Die bisherigen Regelungen und Leistungen ergänzend, soll sie die Diskussion über weitere Maßnahmen beenden und allen Beteiligten Rechtsfrieden einräumen. Daher übernimmt die Stiftung alle möglichen Ansprüche aus nationalsozialistischen Unrechtsmaßnahmen. Ansprüche gegen Dritte werden mit dem Inkrafttreten des Gesetzes ausgeschlossen.“

(...) (Zusätzlich) verlangen (die Verfasser des Gesetzentwurfs) neben der generellen Rechtslosstellung der Überlebenden durch ihren Entwurf noch deren individuellen Verzicht im Antragsverfahren: „Jeder Berechtigte gibt im Antragsverfahren eine Erklärung ab, dass er mit Er-

halt einer Leistung nach diesem Gesetz auf jede weitere Inanspruchnahme der öffentlichen Hand und der deutschen Unternehmen aus dem Zusammenhang mit nationalsozialistischem Unrecht unwiderruflich verzichtet. Dieser Verzicht umfasst auch die Kosten anhängiger Rechtsstreitigkeiten.“ (...)

### Rigoros kurze Antragsfristen

Zur Anmeldung von Ansprüchen wird den Überlebenden eine beispiellos kurze Frist von lediglich sechs Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes eingeräumt. Viele der grundsätzlich Antragsberechtigten waren bisher von Entschädigungsleistungen ausgeschlossen und leben über den ganzen Erdball verstreut. Insbesondere die in ländlichen Regionen lebenden NS-Opfer werden in keinem Fall binnen sechs Monaten über ihre Ansprüche informiert sein. (...)

### Restriktive Vergabekriterien: Hohe Nachweispflichten für die Opfer

Auch in den Einzelbestimmungen des Gesetzentwurfes offenbart sich diese restriktive Haltung gegenüber den Überlebenden. Die Kategorien der Leistungsberechtigten sind abschließend in § 11 des Gesetzes aufgeführt.

**Kategorie A:** Hier werden lediglich Konzentrationslager im Sinne des § 42, Abs. 2 BEG explizit als Haftstätten, die eine Leistungsberechtigung begründen, anerkannt. Häftlinge von Ghettos und anderen Haftstätten müssen die Vergleichbarkeit der dortigen Haftbedingungen mit der eines Konzentrationslagers explizit nachweisen. Angesichts der lückenhaften Quellen stellt dies eine kaum zu überwindende Hürde bei der Antragstellung dar. Die Überlebenden aller Haftkategorien müssen außerdem eine Haftzeit von mindestens zwei Monaten und einen kontinuierlichen Arbeitszwang in den jeweiligen Lagern nachweisen. Beide Nachweispflichten verzögern das Antragsverfahren erheblich und werden – falls nicht auf sie verzichtet wird – zahllose Überlebende aufgrund mangelnder Beweismöglichkeiten von Leistungen ausschließen. (...) Gleichermaßen gilt für den Nachweis des kontinuierlichen Zwangs zur Arbeit. Gerade die KZ-Häftlinge wurden regelmäßig zur Arbeit gezwungen, ohne jedoch Kenntnis über die Namen ihrer Arbeitgeber zu erhalten.

**Lösung:** Die Kategorie A sollte Haft in KZs, Ghettos und Arbeits-Erziehungslagern unabhängig von deren Dauer umfassen. In diesen Kategorien sollte individuelle Arbeitsleistung als gegeben unterstellt werden und auf deren Einzelnachweis verzichtet werden. (...)

**Kategorie B:** Denjenigen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, die nicht zur Kategorie A zählen, soll nach dem Stiftungsentwurf lediglich dann eine Leistung gewährt werden, wenn der Antragsteller in das Gebiet des Deutschen Reichs in den Grenzen von 1937 deportiert, mindestens zwei Monate zur Arbeit

gezwungen sowie während und außerhalb der Zwangsarbeit Haftbedingungen unterworfen war. Zur Schwierigkeit des Nachweises der Haftdauer gelten die Ausführungen unter Kategorie A. Die Grenzen des Deutschen Reichs von 1937 können kein geeignetes Kriterium zur Definition territorialer Grenzen der NS-Zwangsarbeit darstellen. (...) Auch das herangezogene Kriterium der Haft kann in keinem Fall für die Auswahl der von der Stiftung zu berücksichtigenden Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter herangezogen werden. Zum einen ist ein lückenloser Nachweis der Inhaftierung und Bewachung während und außerhalb der Arbeit aufgrund der erwähnten mangelnden Quellen und Überlieferungen für die Überlebenden so gut wie nicht leistbar. Hinzu kommt, dass gerade in der letz-

dustriellen Bereich unterschieden.

**Kategorie C:** In dieser Kategorie sind ausschließlich Leistungen für diejenigen Überlebenden vorgesehen, die in anderer Weise – also außerhalb der Kategorien A und B – aufgrund des NS-Unrechts Gesundheits- und Freiheitsschäden erlitten haben und die heute noch unter schädigungsbedingten gesundheitlichen Folgen leiden. Auch diese Kategorie ist zu eng gefasst. Abgesehen davon, dass es mehr als 54 Jahre nach dem schädigenden Ereignis allen Überlebenden große Schwierigkeiten bereiten wird, die kausale Verursachung eines Gesundheitsschadens nachzuweisen, weswegen dringend Beweiserleichterungen vorgesehen werden müssen, sollte die hier beschriebene Leistung als zusätzliche zu den Kategorien A und B gewährt werden. (...) In der Kategorie



Zwangsarbeiter im KZ Mittelbau-Dora

ten Kriegsphase Bewachungspersonal für andere Aufgaben von den Zwangsarbeitslagern abgezogen wurde. Dies führte jedoch keineswegs zu einer größeren Freiheit der NS-Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Diese waren ausgehungert, abgerissen, aufgrund der mangelnden Hygiene in den Unterkünften verdreckt und zudem in ihrer Mehrheit mit einem „O“ oder „P“ an der Kleidung gekennzeichnet. Jeder Fluchtversuch führte zur unmittelbaren Denunziation bei der Gestapo und dabei akuter Lebensbedrohung. Die Absurdität, Haft als Kriterium für eine Berechtigung von Stiftungsleistungen heranzuziehen, haben auch einstimmig die vom Beauftragten der Bundesregierung Herr Prof. Niethammer in die Gedenkstätte Buchenwald eingeladenen internationalen Experten betont. (...) Auf (diesem) Workshop fasste Prof. Dr. Ulrich Herbert, der führende historische Experte für das Thema NS-Zwangsarbeit diese Erkenntnis in dem folgenden Satz zusammen: „Auf den Stacheldraht konnte man verzichten: Die Gesellschaft war der Stacheldraht!“ (...)

**Lösung:** Alle Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus den Ländern Mittel- und Osteuropas werden leistungsberechtigt. Bei der Höhe der Leistung wird zwischen denjenigen, die in der Landwirtschaft eingesetzt wurden, und den Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern im öffentlichen und in-

C fehlen jedoch völlig zwei Schädigungen ... Es handelt sich um die pseudomedizinischen Versuche im Auftrag der Pharmaindustrie in den Konzentrationslagern sowie um die Zwangsabtreibung und Tötung von Kindern ehemaliger NS-Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in werkseigenen Kinderheimen. Mindestens für diese beiden Kategorien sind dringend Leistungen aus der Stiftung vorzusehen. (...)

Aufgrund der o.g. restriktiven Kriterien für die Leistungsberechtigung werden höchstens 1/3 der überlebenden Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter Leistungen erhalten.

Sollen weitere Überlebende Leistungen erhalten, so kann dies ausschließlich durch die Solidarität der Überlebenden und zu Lasten anderer Berechtigter geschehen. Wenn die Antragsteller ihre Verzichtserklärung unterschreiben müssen, wissen sie in keinem Falle, mit welcher Summe aus der Stiftung sie rechnen können. Lediglich 30% der für die einzelnen Gruppen noch auszuhandelnden Beträge sollen ihnen nach einer ersten überschlägigen Prüfung ausgezahlt werden. Auf eine weitere Zahlung in Höhe von maximal 70% der genannten Leistung müssen sie warten, bis alle Anträge abschließend bearbeitet sind. Leistungen erhalten sie auch dann nur, wenn dies im Rahmen der insgesamt verfügbaren Mittel noch möglich ist. (...)

*Lothar Evers*

# **Welche Nationalität soll der Frieden haben: Spanisch? Baskisch?**

Am 27. November erklärte ETA, Baskenland und Freiheit, ihre 14 Monate andauernden Waffenruhe für beendet. Hinter einem mit einer meterlangen baskischen Fahne bedeckten Tisch erklärten 5 vermummte Etarras mit Baskenmützen, dass „ab dem 3. Dezember 1999 es in den Händen von Euskadi Ta Askatasuna liegt, ihre Kommandos wissen zu lassen, wann sie wieder beginnen können mit Aktionen.“

In ihrem Kommuniqué stellte ETA fest, dass die baskischen Patrioten im vergangenen Jahr zwar viel geredet hätten, aber „währenddessen Spanien und Frankreich die Okkupation, die Angriffe und die repressive Herrschaft fortgeführt haben“. Dagegen sei die nötige Vertiefung der Zusammenarbeit der Parteien, die baskisch-nationalistische Konzepte vertreten, unzureichend: „Die Kräfte, auf die das Baskenland zählen kann, haben nicht genügend dafür getan, den Attacken entgegenzutreten und die Konstruktion der Nation voranzubringen.“

Am Schluss des Kommuniqués lässt ETA ein unabhängiges und sozialistisches Baskenland hochleben. Bei den Übersetzungen ihres natürlich auf baskisch verfassten Textes ins Spanische ließen die spanischen Medien diese Parole weg, die ein reines Ritual ist. In früheren Zeiten machte die ETA Anleihen bei sozialistischen Ideologien. In dem aktuellen Text ist aber nichts weiter außer dem Willen zur selbstgemachten Nation zu erkennen.

Drei Provinzen Spaniens bilden offiziell die Region Baskenland. Die ETA beansprucht fürs Baskenland mehr: Noch die spanische Provinz Navarra und die französische Region Atlantische Pyrenäen. Auch im aktuellen Kommuniqué werden von der ETA alle beanspruchten Territorien aufgezählt.

Die ETA fordert im Kommuniqué vom 27.11., dass die BürgerInnen auf dem gesamten als Baskenland beanspruchten Territorium in einer freien Wahl ein konstitutionelles Parlament wählen können, das souverän und unbehelligt von anderen Staaten entscheiden kann. Für diese einzige Bedingung – das Recht auf einen Staat Baskenland – ist sie bereit, den bewaffneten Kampf endgültig sein zu lassen.

In der Regionalregierung der drei offiziell baskischen Provinzen hat seit 20 Jahren ununterbrochen die konservative PNV das Sagen, die Baskisch-Nationalistische-Partei. Sie koaliert derzeit mit der eher sozialdemokratischen Partei EA, der Baskischen Solidarität. Diese hat sich 1986 von der PNV abgespalten. To-

leriert wird diese Minderheitsregierung von der linksnationalistischen Partei EH, Baskische Bürger. Alle drei zusammen wurden bei den letzten Regionalwahlen am 25.10.98 von 54,5% gewählt. EH ist das am 4. September 1998 im Vorfeld dieser Wahlen gegründete neue Wahlbündnis rund um Herri Batasuna. Die linksnationalistische HB, Volkseinheit, ging mit diesem Wahlbündnis einen wichtigen Schritt aus der politischen Isolierung heraus.

Früher hat sich das linksnationalistische Spektrum zwar zur Wahl gestellt, aber nicht an den parlamentarischen Spielereien beteiligt. Der wesentliche Grund hierfür: Die Beteiligung an den Institutionen des spanischen Staates sei eine Legitimation desselben, deshalb: Keine Kollaboration mit Spanien! Nun sind die bürgerlichen Nationalisten um die PNV ganz gut damit gefahren, sich der Institutionen zu bedienen. Sie sind offensive Vertreter der EU-Politik eines Europas der Regionen und propagieren erfolgreich den Standort Baskenland.

Die ETA ist mit ihrem bewaffneten Kampf dagegen in die Sackgasse geraten: Soziale Kämpfe um Befreiung sind für ETA kein Thema – die nationale Sache steht im Vordergrund. So fehlte der ETA ein Korrektiv gegen durchgeknallte Aktionen wie Bombenattentate in südspanischen Supermärkten: Bereits 1987 legte ein Kommando in einem Arbeiterviertel von Barcelona eine Bombe in einen geöffneten Supermarkt der Hipercor-Kette – um französische Interessen zu treffen. 21 Menschen starben. Nach massiver Kritik von linken Bündnisorganisationen übte ETA Selbstkritik: Ja, sie hätten sich nicht darauf verlassen sollen, dass die Besitzer und die Polizei den Hipercor räumen. Aber 1995 ließ ein ETA-Kommando wieder eine Bombe in einem geöffneten Supermarkt hochgehen – wieder an der Mittelmeerküste.

ETA geriet durch die vom spanischen Staat aufgezwungene – Militarisierung endgültig in die Sackgasse. Im Juli 1997 war der Tiefpunkt erreicht.

Danach bot die PNV, die Baskisch-Nationalistische-Partei, der ETA Anfang 1998 in Geheimverhandlungen einen Deal an: Die ETA hört auf, mit Aktionen das Investitionsklima im Baskenland zu stören – und die PNV verpflichtet sich im Gegenzug, politisch wieder stärker für eine baskische Nation einzutreten. Während die PNV dabei für einen etablierten Nationalismus steht, dessen 100 Jahre alter baskischer Rassismus wunderbar mit Lobbypolitik zusammenpasst, ist der ETA für ihren befreinationalistisch definierten Kulturalismus die Grundlage weggebrochen, weil die PNV-Regionalregierung die zentralen Bestandteile eines kulturalistischen Nationalismus in ihre Politik integriert und umgesetzt hat: Baskisch als Sprache wird heute nicht nur in entsprechenden Schulen, den Ikastolas, gelehrt: Baskischsprachige Medien gibt es von Fernsehen über Radio bis hin zu Printmedien, Büchern und neuen Medien.

Neben der etablierten PNV mit ihrer im Sinne eines baskischen Nationalismus mittlerweile sehr ausgebauten Kulturpolitik gibt es für eine einfache Kopie keine Notwendigkeit. Diese Erfahrung hat bereits die PNV-Abspaltung von 1986, die EA, gemacht: Sie ist bereits wieder fest mit der PNV verbunden. Bei den



**Eine der Demonstrationen für die Verlegung baskischer Gefangener ins Baskenland – auch hier kam die spanische Regierung den Forderungen nicht entgegen.**

Kommunalwahlen am 13. Juni kandidierte die EA meist im Schlepptau der PNV in einer Listenverbindung. Der Unterschied der bereits 1959 vom PNV abgespaltenen ETA waren früher die Kritik am biologistischen Blut-und-Boden-Rassismus der PNV, der aber gegenwärtig nur noch im Hintergrund präsent ist, und zumindest nominell-sozialistische Forderungen, in Anlehnung an die algerische Befreiungsbewegung FLN und die kubanische Revolution. Jetzt ist noch die antiinstitutionelle Ausrichtung, der bewaffnete Kampf übrig. Und der Wettkampf darum, wer die baskische Nation besser vertritt – oder wer sie verrät. Dementsprechend ist der Verratsvorwurf an die PNV (und EA) der zentrale Punkt in der ETA-Erklärung zum Ende der Waffenruhe. PNV und EA haben sich geweigert, jede Zusammenarbeit einzustellen mit den „spanischen Kräften, die Feinde des Baskenlandes sind“.

Denn für den Waffenstillstand war es die Voraussetzung der ETA, dass die Parteien PNV und EA sich öffentlich zu einem Bündnis mit EH und HB verpflichten – für das Ziel einer „baskischen Lösung“ des Konfliktes um das Baskenland. Am 12. September 1998 unterzeichneten 23 soziale Gruppen, Gewerkschaften und Parteien die „Erklärung von Lizarra“. Lizarra ist der Name der für das Treffen symbolträchtig ausgesuchten alten Bergstadt in Navarra. Mittlerweile heißt das entsprechende Bündnis „Lizarra-Garazi“: Garazi ist eine Stadt im französischen Baskenland, wo zur Betonung der Zugehörigkeit zum gewünschten vereinten Baskenland später eine parallele Zeremonie stattfand.

Dass sich die neue PNV-EA-Regionalregierung Ende 1998 mit den Stimmen von EH wählen ließ, ist ein wichtiges Ergebnis dieses neuartigen Bündnisses. Am 18. Mai unterzeichneten Vertreter der Parteien PNV, EA und EH sowie der Regierungschef den Vertrag über parlamentarische Zusammenarbeit für die Legislaturperiode 1999–2002. In diesem Vertrag sind zahlreiche Gesetzesvorhaben aufgelistet, die dem Zweck der „nationalen Konstruktion“ dienen. Die spanisch-nationalistischen Parteien – die PP, Volkspartei, und die Sozialdemokratie PSOE, schäumten vor Wut: Bis Lizarra galt jahrzehntelang der Anti-Terror-Pakt von Ajorea Enea. PNV, EA, PP, PSOE und weitere Parteien hatten dort vereinbart, Herri Batasuna – und damit auch ihr Wahlbündnis EH – zu isolieren mit dem Stigma Terrorpartei im Dienst der ETA. Damit war es Ende 1998 vorbei. Unter die Räder gekommen ist bei der verstärkten Polarisation in baskisch- und spanisch-nationalistische Parteien die IU, Vereinigte Linke. Die IU, das Wahlbündnis rund um die spanische KP, hat sich vom spanischen Nationalismus abgesetzt und die Erklärung von Lizarra mitunterzeichnet. Bei den Regionalwahlen im Baskenland am 25.10.1998 hat sie daraufhin viele Stimmen verloren –

von 9 auf 5,6%. Zur Zeit tobt bei IU ein scharfer interner Konflikt: Der Sprecher der gesamtspanischen Bundesleitung, Julio Anguita, hat erklärt, dass IU nicht länger bei Lizarra mitmachen könne, wenn die ETA nicht wieder zum Waffenstillstand zurückkehrt. Er hat der regionalen IU im Baskenland die Unterstützung für Lizarra entzogen. Und der Vorsitzende der spanischen KP, Frutos, erklärte, IU dürfe jetzt nicht länger bei Lizarra mitmachen. Die regionale IU widerspricht vehement: Für sie ist Lizarra nach wie vor ein wichtiges Bündnis für den Dialog und das Bemühen um Frieden. Der regionale IU-Sprecher Javier Madrazo glaubt nicht, dass ETA wieder bewaffnete Aktionen durchführen wolle.

Am ersten Jahrestag des Waffenstillstandes der ETA wurde in Bilbao die Udalbiltza gegründet: „Die erste nationale Institution auf kommunaler Grundlage“. 1.789 Bürgermeister und Gemeinderäte aus allen als baskisch beanspruchten Regionen gründeten in einem Festakt die bis dahin nicht existente Institution. Sinn und Zweck ist die nationale Konstruktion, also die Schaffung von protostaatlich-baskischen Einrichtungen. Mittlerweile sind viele Kommunalparlamente offiziell der Udalbiltza beigetreten – einige mit örtlichen Festakten. Am 25.11. trat mit dem Rathaus von Bilbao die bevölkerungsreichste Stadt der Region offiziell bei.

Sowohl Spanien als auch Frankreich haben aber 1999, im Jahr der Waffenruhe, immer wieder gezeigt, dass für sie keinerlei Zugeständnisse an die ETA zur Diskussion stehen: So gab es einen einzigen Dialogtermin zwischen ETA und spanischer Regierung im Mai '99 (in einem Zürcher Hotel) – die Fahnder benutzten die Gelegenheit, die ETA-Unterhändlerinnen zu verfolgen. Am 25. Oktober wurde Belén González Peñalva, die die ETA-Delegation leitete, schließlich in Frankreich festgenommen. Es gab 60 weitere Festnahmen während der Waffenruhe. In Paris sind derzeit 26 Leute wegen Beteiligung an oder Unterstützung von ETA angeklagt. Darunter Petra Elser, die früher in Frankfurt am Main gelebt hat. Die Staatsanwältin Irène Stoller verlangte am 1.12. für alle die Höchststrafen. Der französische Staat müsste jetzt Verantwortung tragen nach dem Ende der Waffenruhe der, wie sie erklärte, „blutigsten Organisation, die in Europa existiert“.

Die Staatsanwältin wiederum wurde während des Prozesses von einem Angeklagten beschuldigt: „Irène Stoller war Teil der GAL, wurde ausgezeichnet von der Guardia Civil.“ Am 7. Mai 93 wurde Stoller von der Guardia Civil das Ehrenkreuz des Ordens von San Raimundo de Peñafort überreicht. Dass sie aber bei den GAL, den „Antiterroristischen Befreiungsgruppen“, mitgemacht hat, hat niemand nachgewiesen. Die GAL waren irreguläre Einheiten, die sich aus Angehörigen der spanischen Repressionsor-

gane wie der paramilitärischen Guardia Civil und bezahlten Killern zusammensetzten. Finanziert wurden die GAL aus keiner Parlamentskontrolle unterliegenden geheimen Haushaltsposten. Diese Todesschwadronen töteten von 1983–87 mindestens 27 Menschen – der kleine Staatsterror nach Dienstschluss. Erdacht wurden die GAL im militärischen Geheimdienst CESID, durch Indiskretion wurde mehrere Konzeptpapiere, die offensichtlich Tischvorlagen für Besprechungen in Ministerien oder im Kabinett waren, später bekannt. Umgesetzt wurde das Konzept GAL ein Jahr, nachdem die sozialdemokratische PSOE die Regierung in Spanien übernommen hatte. Mittlerweile sind die GAL nicht mehr aktiv.

Einen Tag, nachdem in Paris den 26 Angeklagten vorgeworfen wurde, als Ettaras zur „blutigsten Organisation Europas“ zu gehören, wurden in Spanien am 2.12. zwei mutmaßliche Hintermänner des Mordes an dem bekannten linksnationalistischen Politiker Santi Brouard gegen Kaution freigelassen. Santi Brouard wurde am 20.11.84 während der Sprechstunde in seiner Kinderarztpraxis erschossen. Die GAL übernahmen die Verantwortung. Bei den beiden jetzt freigelassenen vermutlichen Auftraggebern des Mordes handelt es sich um den früheren Staatssekretär für die Staatssicherheit Julián Sancristóbal und den Oberleutnant der spanischen Guardia Civil Rafael Masa.

Zeitgleich sind zwanzig Gefangene aus der ETA hauptsächlich in Spanien, aber auch in Frankreich, im Hungerstreik – seit dem 1. November. Die ersten Hungerstreikenden wurden bereits mit schweren gesundheitlichen Schäden in Hospitäler eingeliefert, andere der über 300 Gefangenen aus der ETA treten an ihre Stelle. Dieser Hungerstreik für eine Verlegung der Gefangenen an ihre früheren Wohnorte und für die Haftentlassung der Kranken wird in Spanien kaum beachtet.

ETA hat deswegen in ihrer Erklärung nur davon gesprochen, dass sie erneut aktiv werden könnte. Am liebsten wäre ihr sicher, die Aufkündigung der Waffenruhe würde die baskische Regionalregierung dazu bewegen, das Baskenland offiziell auf dem Weg zur Unabhängigkeit zu erklären. Das wird nicht passieren. Aber die legale linksnationalistische Partei EH und die PNV haben erklärt, die nationale Konstruktion des Baskenlandes verstärkt und gemeinsam anzugehen. Ein Ansporn hierfür ist die ETA-Erklärung.

*Gaston Kirsche (gruppe demontage)  
Schriftliche Quellen: spanische Tagespresse – El País, El Mundo, und die links-nationalistische Zeitung Gara.*

*Zum Weiterlesen: „Euskadi: Sozialismus in einer ‚Ethnie?‘“, 25-seitiges Kapitel in gruppe demontage: Postfordistische Guerrilla – Vom Mythos nationaler Befreiung“, Unrast 1998.*



Paris. Für eine Anhebung der sozialen Mindestsätze sowie die Zahlungen einer Weihnachtsprämie an Arbeitslose haben in den vergangenen Wochen in Frankreich Tausende demonstriert. Zu den Aktionen hatten mehrere Arbeitsloseninitiativen aufgerufen. Die Regierung hatte eine Sonderzahlung in Höhe von 1000 Franc für Arbeitslose angekündigt, die viele jedoch als zu gering ansahen.

### Bergleute-Proteste in Rumänien

Im Steinkohlerevier Schil-Tal (Südwestrumänien) haben 161 arbeitslose Bergleute mit kollektivem Selbstmord gedroht. Sie haben der Regierung eine Frist zur Erfüllung ihrer Forderungen gesetzt. Die Kumpel sind seit 3 Wochen im Hungerstreik. 100 000 Bergleute hatten vor 2 Jahren nach Entgegennahme von Abfindungen freiwillig gekündigt. Sie hatten auf das Versprechen der Regierung gehofft, Ersatzarbeitsplätze zu schaffen. Doch diese sind ausgeblieben und die Kumpel haben nun nach Aufzehrung der Abfindung keinen Anspruch mehr auf staatliche Unterstützung. Das ist der Grund für diese Unruhe und diese auswegslose Situation der Selbstmorddrohung. Anfang des Jahres hatten die Kumpel mit einem Marsch auf Bukarest für Aufsehen gesorgt, der nur mit Militärgewalt zurückgedrängt werden konnte.

### Weltbank fordert weitere Schließungen in Russland

Um die Löhne der Bergleute im 2. Halbjahr zahlen zu können, benötigt Russland weitere Kredite der Weltbank. Doch diese nimmt weiteren Einfluss auf die Produktion und verlangt eine Korrektur des Schließungsplanes. Daraufhin erhöhte die russische Regierung den Plan für die Zechenschließungen von 46 auf 60 Bergwerke.

Unterdessen setzten die Frauen und Kinder aus Lugansk ihren Protestmarsch wegen der ausstehenden Löhne auf das 800 km entfernte Kiew fort. Aus anderen Regionen der Ostukraine sind ebenfalls rund 1000 Kumpel unterwegs. Im Donetsk streiken 1.400 Kumpel für ihre Löhne und für bessere Sicherheitsmaßnahmen. Erst im Mai waren bei einer Methangas-Explosion 40 Kumpel

ums Leben gekommen. Mit 200 tödlichen Unfällen im 1. Halbjahr erreichte die Ukraine einen unrühmlichen Rekord. 2/3 der Zechen sind marode und es wird hier nichts mehr investiert. Sie werden aber auch nicht geschlossen, weil es keine Alternativ-Arbeitsplätze gibt.

### Besetzungen im polnischen Bergbau

Der polnische Bergbau wird nach neuen Berechnungen nicht im Jahre 2001 erste Gewinne machen, sondern erst nach weiteren Stillegungen im Jahr 2002. In den ersten 9 Monaten wurde ein Verlust von 1,2 Mrd. DM gemacht. Inzwischen liegen 6 Mio. to auf Halde und können nicht verkauft werden.

Geplant ist bis 2002 noch der Abbau von 40% der Kapazitäten und die Zahl der Kumpel soll von 190 000 auf 122 000 reduziert werden. Doch dieser Prozess geht nicht ohne Unruhen ab. So haben in Kattowitz Bergleute das Verwaltungsgebäude der Bergbaudachgesellschaft besetzt und verlangten die Rücknahme der Stillegung ihrer Zechen in Sosnowitz.

Des weiteren zogen über 400 Kumpel aus Oberschlesien nach Warschau, besetzten die Räume des Arbeitsministeriums und blockierten die Zufahrten des Finanzministeriums. Nur mit Schlagstockeinsatz konnte die Polizei diese Aktion beenden. Die Kumpel fordern in ihrem unbefristeten Protest höhere Subventionen, höhere Abfindungen, mehr Geld für Erschwerungszulagen und für die Umschulung der 34 500 Kumpel.

Bei einem großen Protestmarsch in Warschau wurde der Bergbau symbolisch zu Grabe getragen. Mehrere hundert Kumpel halten an zwei Punkten in Südwestpolen die lebenswichtigen Bahngleise nach Warschau besetzt und blockiert.

(Quelle: Bergarbeiter-Info Nr. 27 vom Dezember 1999)

### UNO warnt vor Hungerkrise in Serbien

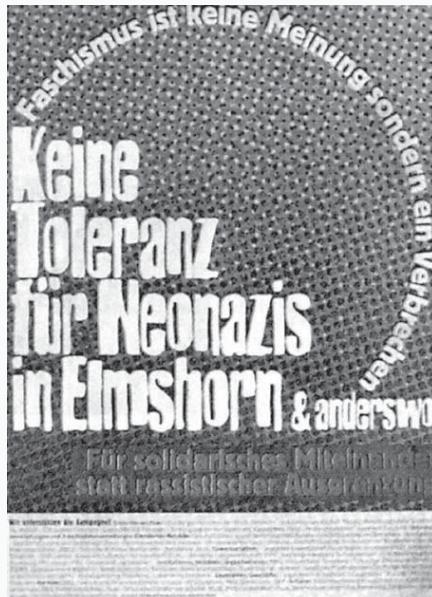
Parallel zur NATO-Ratstagung in Brüssel, wo am 14. und 15.12. der Bombensieg über Jugoslawien gefeiert wurde, warnte eine Hilfsorganisation der UNO vor einer Hungerkrise in Serbien, die durchaus mit der in Nordkorea vergleichbar sei. Das Welternährungsprogramm der UNO (WFP) beabsichtigt deshalb, etwa 10% der serbischen Bevölkerung zu helfen, die besonders von dem Problem betroffen sind. Die Organisation will Lebensmittelhilfe für 890 000 Menschen bereitstellen. Das seien 330 000 mehr als im Jahr zuvor. Nach Angaben des WFP befinden sich in Serbien noch etwa 337 000 serbische Flüchtlinge aus Bosnien und Kroatien, von wo sie von extremistischen Nationalisten unter stillschweigender Duldung der NATO Mitte der 90er Jahre vertrieben worden waren. Das UNHCR geht von mindestens doppelt so vielen Flüchtlingen aus. Hinzu kämen nach Angaben des WFP die Kosovo-Flüchtlinge. Seit Einmarsch der NATO-geführten Truppen, d.h. seitdem die „Kosovo-Befreiungsarmee“ (UCK) im Kosovo ein Regime der Terrors errichten konnte, hätten 240 000 Menschen aus der südlichen Provinz in Serbien Zuflucht gesucht. „Wenn man sich jetzt die Leute anschaut – die armen Leute, die Leute, die ihre Arbeit verloren haben, die von ihren Renten leben, die Arbeitslosen – dann wundert man sich, warum sie noch nicht gestorben sind,“ meinte Robert Hauser gegenüber BBC. Das WFP plant für 2000, Lebensmittelhilfe im Wert von 92,5 Millionen Dollar nach Serbien zu schicken und dort an Rentner, Flüchtlinge und andere Arme zu verteilen.

### Venezuela: Neue Verfassung

Am 15. Dezember hat Venezuela per Volksreferendum eine neue Verfassung angenommen. Als Symbol für einen neuen Ansatz, das Land aus einer tiefen sozialen und ökonomischen Krise zu führen, und zu Ehren seines Befreiers erhält es nun den Zusatz: Republika Boliviana. Wochenlange Regenfälle, die zu einer verheerenden Katastrophe führten, reduzierten die Wahlbeteiligung auf 50%. Die Zustimmung zur neuen Verfassung lag bei 70%. Heftige Kritik kam von der US-Regierung, dem venezolanischen Kapital und den reaktionären Kirchenkreisen. Die neue Verfassung schreibt eine größere soziale Fürsorgepflicht des Staates fest und garantiert eine demokratische Kontrolle über alle Mandatsträger. Die indigene Bevölkerung erhielt durch aktive Mitarbeit ihrer Vertreter an dem Verfassungstext einen erhöhten Schutz ihrer Rechte. Mit Beginn des kommenden Jahres, sollen Neuwahlen für alle öffentlichen Vertretungen und Ämter stattfinden, einschließlich des Präsidenten Chavez.

gal  
Zusammenstellung: hav

ELMSHORN. Auf einer Pressekonferenz wurde dieses Plakat am 9. Dezember vorgestellt. Die Erstunterzeichner, darunter die Bürgermeisterin Dr. Fronzek sowie IG Metall Verwaltungsstelle Elmshorn, IGM Jugend, JugendANTIFA Elmshorn, VVN-BdA und Antifaschistischer Trägerkreis hatten eingeladen, um ihre Initiative in die Öffentlichkeit zu tragen. Ein sehr breites Bündnis, nahezu 50 Unternehmensleitungen und Arbeitnehmervertretungen, Gewerkschaften, Institutionen, Verbände und Organisationen, Gaststätten und Geschäfte, Parteien, Schülervertrittungen und Schulleitungen fast aller Elmshorner Schulen trägt das Anliegen des Plakats, das in großer Anzahl öffentlich aufgehängt werden soll; sei es im Stadtbild, in Betrieben, in Ämtern und Institutionen, Schulen, Läden und Geschäften. Der Platz der Pressekonferenz vor der Hinweistafel „11 Tage im Mai



1945 – Die Selbstbefreiung vom Nationalsozialismus in Elmshorn“ war nicht zufällig gewählt. „Er ist ein Ort der Zivilcourage, die auch heute noch notwendig ist und zu der mit der Plakataktion beigetragen werden soll“, meinte Dirk Maier vom Antifaschistischen Trägerkreis. Beiträge der IG Metall und der VVN-BdA forderten zur gesellschaftlichen Solidarität auf. DGB-Chef Carsten Wessels fand, dass auch die Polizei Lob verdient hätte; sie würde in Elmshorn gegen Nazis einschreiten. Christian Freese von der JugendANTIFA zweifelte an dieser Version und wunderte sich, dass die Polizei nicht Mitunterzeichner des Plakats werden wollte, angeblich aus Gründen der Neutralität. Abschließend forderten die Initiatoren ein Verbot der Nazi-Organisation „Hamburger Sturm“, die eine Ersatzorganisation der verbotenen Nationalen Liste sei. dm

## Proteste gegen Waffeneinsatz beim SEK-Abschiebeauftrag

BRAUNSCHWEIG. Folgende Resolution wurde von den 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Veranstaltung „Alternative Anhörung zum Asylbewerberleistungsgesetz“ am 14. Dezember in Hannover einstimmig verabschiedet:

„Dr. Zdravko Nikolov Dimitroff aus Braunschweig wurde am Freitag, den 10.12.99 nach einer versuchten Festnahme von SEK-Beamten durch Schüsse in die Brust lebensgefährlich verletzt. Er schwebt in Lebensgefahr. Zweimal wurde Blut transfundiert. Er liegt im künstlichen Koma. Er ist als Folteropfer aus Bulgarien geflohen und hat hier Asyl gesucht. Die Ausländerbehörde Braunschweig hat seine Abschiebung betrieben und nicht ausgesetzt – trotz wiederholter Intervention von Dr. Grässner vom Behandlungszentrum für Folteropfer in Berlin.

Dr. Zdravko Nikolov Dimitroff ist durch Foltererlebnisse in Bulgarien 1992 traumatisiert und er ist auch selbstmordgefährdet. Wie konnte die Ausländerbehörde trotz Kenntnis dieser Tatsachen die Abschiebung betreiben?

Das ist ein unglaublicher Vorgang. Ist es nicht versuchte Tötung, dass er durch Beamte des SEK in die Brust geschossen wurde? Die Beamten haben Nebelgranaten in seine Wohnung geworfen und sind dort eingedrungen. Es wird berichtet, Dr. Zdravko Nikolov Dimitroff habe sich mit einem Küchenmesser in diesem Nebel gewehrt. Wie kann es sein, dass die Polizei, wissend, dass wenn man in die Brust schießt, dies lebensgefährlich ist, ihn in die Brust geschossen hat und ihn lebensgefährlich verletzt hat?

Diese Versammlung fordert von den Verantwortlichen Rechenschaft und Konsequenzen und fordert das Bleiberecht für den Menschen, der durch die Gewalt des Staates verletzt wurde.“

Hannover, 10.12.1999

## Rechtsradikaler Anschlag auf der AStA-Etage der Universität Bremen

BREMEN. Am 4./5. Dezember drangen Unbekannte in das Studierendenhaus und das Wohnheim auf dem Campus der Universität Bremen ein. In beiden Gebäuden wurden mehrere Pulver-Feuerlöscher entleert. Auf der 2. Etage im Bereich der Räume des Allgemeinen Studierenden Ausschuss (AStA) wurden ein halbes Dutzend Sprüche an die Wand gesprührt, u.a. „Judensäue“, „ScheißTürken“, „Sieg der Waffen SS“. Im Wohnheim, in dem eine große Anzahl von ausländischen Studierenden wohnt, wurden die BewohnerInnen von einem durch das Entleeren der Feuerlöscher ausgelösten Feueralarm aufgeschreckt. Obwohl das Baudezernat die Polizei einschaltete, sind weder der Rektor, der Kanzler noch die Rechts- und Pressestelle informiert worden. Still schweigend soll der rechtsradikale Anschlag unter den Tisch fallengelassen werden. Der AStA erklärt, dass er rechtsradikale Aktivitäten an der Uni und in der Stadt immer entgegentreten wird. Ihm ist ein Politisches Mandat aberkannt worden, d.h. Äußerungen zu nicht-hochschulbezogenen Themen. Doch der Anschlag verdeutlicht wieder einmal, dass die Universität ein Teil der Gesellschaft ist und die vom Gesetzgeber aufgezwungene Trennung von Hochschulpolitik und allgemeiner Politik Unsinn ist.

[www.nadir.org/nadir/aktuell/1999/12](http://www.nadir.org/nadir/aktuell/1999/12)

## Studentenproteste in Brandenburg

POTSDAM. Gegen die Absicht der Landesregierung Brandenburg, die Rückmeldegebühren am Beginn eines jeden Semesters von zehn auf 100 DM pro Student zu erhöhen, protestierten etwa 500 Studenten der Potsdamer Universität. „Wir zahlen nicht für Bildungsabbau!“ – war der Tenor einer Resolution, die von Vertretern der Studenten dem Wissenschaftsminister des Landes, Wolfgang

Hackel, überreicht wurde. Der PDS-Sprecher erklärte, dass „Studiengebühren und sozial gerechter Zugang zum akademischen Wissen sich gegenseitig ausschließen.“ – Untersuchungen der sozialen Lage der Studenten haben ergeben, dass 71% der Studierenden nebenbei arbeiten müssen, fast die Hälfte sogar während des Semesters. Das führt zur Überschreitung der Regelstudienzeit, v.a. bei Studenten aus sozial schwächeren Familien. Von 26 000 Studenten erhalten etwa nur noch 4 000 Ausbildungshilfe des Bafög. Quelle: ND, 16.12.99, abe

## Studierende besetzen Verwaltungsgebäude wegen Pfeifenberger

BIELEFELD. Seit Oktober 1999 ist der durch rechtsextreme Publikationen aufgefallene Professor Pfeifenberger mit einem Forschungsauftrag an die FH Bielefeld versetzt worden. Diese Versetzung stieß bei der StudentInnenschaft auf heftigen Protest. Den vorläufigen Höhepunkt stellte die Besetzung des Verwaltungsgebäudes im Vorfeld der Senatssitzung dar, an der sich um die 200 StudentInnen beteiligten. Ziel war es, das politische Verantwortungsbewußtsein der Senatsmitglieder zu wecken. Aus diesem Grund wurden sie mit Bildern von Opfern faschistischer Gewalt, die im gesamten Gebäude aushingen, konfrontiert. Der von den StudentInnen blockierte Sitzungsraum wurde erst nach Zuschaltung, die Thematik „Pfeifenberger“ zu Beginn unter Beteiligung der Protestierenden zu behandeln, freigegeben. Der eingebrachte Antrag war die konsequente Ablehnung rechtsextremer Professoren an Hochschulen und der mit ihnen verknüpften Stellen. Durch massive Anteilnahme der StudentInnen an der Senatssitzung gelang schließlich eine Bestätigung dieses Antrages. Um die verwaltungsrechtlichen Möglichkeiten gegen die Versetzung Pfeifenbergers zu prüfen, wurden zwei Rechtsgutachten in

Auftrag gegeben. Der Senat empfahl der Fachhochschulleitung, die Klage gegen die Versetzung einzureichen, sollten die Gutachten positiv ausgehen, sprich gute Chancen auf einen gerichtlichen Erfolg bestehen. Des Weiteren wurden die ersten 500 Unterschriften gegen die Versetzung dem Referat vorgelegt. Die StudentInnen kündigten weitere Proteste an, nicht zuletzt deshalb, weil neue Publikationen von Pfeifenberger im Aula-Verlag 1999 erschienen sind. *PM AStA FH Bielefeld*

## Aktionswoche gegen Studiengebühren in der Universität Hamburg

HAMBURG. Vom 6. bis 12. Dezember fand in der Universität Hamburg eine Aktionswoche gegen die Einführung von Studiengebühren statt. Auf der Studierendenversammlung am 15. Dezember wurde dann über den aktuellen Stand der Auseinandersetzung berichtet, der „Kreifelder Aufruf“ gegen Studiengebühren (siehe PB Nr. 9) diskutiert und eine Resolution für ein gebührenfreies Studium verabschiedet. U.a. kritisieren die Fachschaftsräte, teilautonome Referate und linken Hochschulgruppen die Handelskammer, die kürzlich eine Veröffentlichung herausbrachte mit dem Titel „Hamburger Hochschulen reformieren – Mehr Freiheit für unternehmerisches Handeln“. Darin wird deutlich, dass es vor allem um eine Privatisierung der Hochschulen geht. An die Stelle der ausschließlich staatlichen Hochschulfinanzierung, die eine gesamtgesellschaftliche Verfügung über Inhalte und Form von Bildung und Wissenschaft ermöglicht, soll die individuelle, also private Finanzierung der Hochschulen treten; an die Stelle der Demokratie das Gesetz des Marktes. *Lokalberichte Hamburg 25*

## Hunderte Iranerinnen und Iraner demonstrierten in Köln

KÖLN. Frau Djamile B. gab bei ihrer Ausländerbehörde in Bremen ein übliches Passfoto ab. Die Ausländerbehörde rettscherte das Bild und verpasste Frau B. auf dem Bild ein Kopftuch. Dieses Kopftuch verlangt die iranische Botschaft, um einen Reisepass vorzubereiten. Dieser Reisepass ist für die Abschiebung nötig. Die Ausländerbehörde Bremen entschuldigte sich inzwischen für den Vorfall. In Nürnberg wiederum wurde Frau Mosay-

ebi von der Polizei festgenommen und unter Gewalt gezwungen, Passbilder mit Kopftuch anzufertigen. Dabei wurde sie verletzt, wie ein Foto beweist, welches Frau Mosayebi öffentlich präsentierte. Weitere ähnliche Fälle wurden jetzt bekannt. Die iranische MigrantInnenorganisation organisierte eine Protestaktion am 2. Dezember vor der Ausländerbehörde am Blaubach in Köln. Hunderte Iranerinnen und Iraner demonstrierten gegen Zwangsverschleierung und Folter in Deutschland. Nina Ahadi, Sprecherin der internationalen Kampagne zur Verteidigung der Frauenrechte im Iran, protestierte in einem Brief an Bundesinnenminister Schily aufs Schärfste gegen das Vorgehen von Polizei und Behörden. *M.W.*

## Rentengipfel und Protest der PDS

BERLIN. Obwohl die PDS eine im Bundestag vertretene Partei ist und dort die Interessen ihrer Wähler vertritt, wurde sie zum ersten Rentengipfel, der am 17. Dezember erstmals in Berlin zusammen kam, nicht eingeladen. Der Grund: Die CDU machte ihre Teilnahme vom Ausschluss der PDS an diesem Treffen abhängig. Schwarze Demokratie in Aktion! Das veranlasste die PDS-Spitze, zu einer Protestdemo auf dem Schlossplatz in Berlin aufzurufen, um den im Bundeskanzleramt versammelten Teilnehmern zu zeigen, dass es nicht so leicht ist, Interessen eines großen Teiles der Bevölkerung auszuschließen. Denn vor allem die PDS vertritt die Interessen der Ostdeutschen, die noch immer im Rentenrecht benachteiligt sind und übervorteilt werden. Zusammen mit der PDS waren auch alle Interessenverbände ausgeschlossen, die um die gerechte Gestaltung des Rentenrechts in der BRD kämpfen. Mit Lösungen „Hände weg von unseren Renten“ forderten etwa 1000 Personen Angleichung der Ostrenten an das Westniveau.

Die PDS hat wiederholt eigene Vorstellungen, auch im Bundestag, zur Gestaltung des Rentenrechts eingebracht. Sie fordert das Festhalten an der Umlagefinanzierung, am Prinzip der Lebensstandardsicherung und die Ausweitung der Versicherungspflicht. Sie spricht sich gegen die Senkung des Rentenniveaus aus.

*Quelle: ND, 18.12.99, abe*

## Demo gegen NPD

HANNOVER. Am Samstag, den 18. Dezember 99 haben in Hannover 300 Antifaschisten gegen die neofaschistische NPD demonstriert. Anlaß war, dass für denselben Tag die Neonazis eine Demonstration vom Niedersachsenstadion angekündigt und angemeldet hatten. Dagegen hatte sich eine gute Woche vorher ein Aktionsbündnis konstituiert. Initiatoren waren der DGB-Kreisvorstand, die Vorstände mehrerer Einzelgewerkschaften, wie HBV, IG Metall sowie Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten, StadtschülerInnenrat,

Jusos, DKP, PDS Kreis und Land und die Geschichtswerkstatt Hannover. Im Laufe der Woche verbot die Polizei den Aufmarsch der NPD. Die Nazis meldeten offiziell ihre Demo ab, mobilisierten aber weiter über das Internet. Der DGB zog daraufhin seine Unterschrift unter den Demonstrationsaufruf zurück und erklärte gegenüber der Presse, die Kundgebung sei abgesagt. Die übrigen Teilnehmer – das Antifaschistische Bündnis – hielten jedoch an Kundgebung und Demonstration fest. Diese begann um kurz nach 10.00 Uhr am Maschseeufer am Ehrenmal für die ehemals in Seelhorst erschossenen sowjetischen Zwangsarbeiter. Die ca. 300 Teilnehmer zogen von dort durch die Waterloastr. am Polizeipräsidium vorbei über den Friederikenplatz zur Roten Reihe, zur Gedenkstätte ehemalige Synagoge. In mehreren Redebeiträgen sprach ein Vertreter der PDS, der Geschichtswerkstatt, der VVN sowie Kurt Baumgarte als Vertreter der durch den Faschismus Verfolgten und Opfer des kalten Krieges.

Kurt Baumgarte, der mittlerweile 87 Jahre alt ist, und immer noch engagiert im antifaschistischen Kampf ist, rief besonders die Jugend zum Nachdenken und aktiven Ungehorsam und Widerstand auf.



## Greenpeace-Aktion gegen die Erteilung von Patenten auf Lebewesen

MÜNCHEN. Am 10. Dezember protestierte Greenpeace vor dem Europäischen Patentamt in München gegen die eigenmächtige Entscheidung des Amtes, Patente auf Lebewesen zu erteilen. Das Patentamt will in den nächsten Monaten einige hundert Patente auf Pflanzen und Tiere erteilen. Dazu wurde auf Initiative des Amtspräsidenten Ingo Klober eine neue Interpretation des geltenden Patentrechts beschlossen. Unterstützung erhofft Greenpeace von der Bundesministerin für Justiz, die in einem Schreiben an die Umweltorganisation erklärte, dass sie der Neuauslegung des Patentrechtes nicht zustimmt. Christoph Then, Gen-technik-Experte von Greenpeace erklärt: „Nur Erfindungen können patentiert werden. Leben ist keine Erfindung der Gen-Konzerne. Gene können nur entdeckt, aber nicht erfunden werden und sind daher nicht patentierbar.“ *MLB*



## Erster Widerstand gegen Privatisierungspläne

Die „Privatisierung fast aller städtischer Beteiligungen“ ist möglich. Das ist der Tenor des neuen Strategiepapiers aus dem Haus der CDU. Der Protest gegen die CDU/FDP-Pläne ist groß. Die Gewerkschaften, SPD, Grüne und PDS kritisieren in Stellungnahmen den CDU-Politiker Jungen. Sogar der CDA distanzierte sich von der CDU und erklärte, die Privatisierungskommission habe „die positive Stimmung für die Kölner CDU in wenigen Wochen ... leichtfertig verspielt.“

Wenn es so wäre, würde es auch nichts helfen, weil CDU/FDP mit der Stimme von OB Blum auf jeden Fall die Mehrheit haben. Da auch der Republikaner treu und brav mit CDU und FDP stimmt, gibt es noch einen Bündnispartner. Auch wenn CDU-Spitzenpolitiker jetzt auf Distanz zu dem Strategiepapier gehen, hat das erstmal nicht viel zu bedeuten. Auf einen Schlag kann man eh nicht alles privatisieren. Es geht erst einmal darum, die gesamten Auswirkungen von Privatisierung in die Diskussion zu bringen und ein anderes politisches Klima zu erzeugen. Ein Klima der politischen Angst unter den Beschäftigten, den Mietern und vielen anderen Betroffenen, ein Klima, wo die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst froh sind, überhaupt einen Arbeitsplatz zu haben nach dem Motto, „was wird erst kommen, wenn privatisiert wird.“

Darunter leiden würden:

Alle Kölner Mieter, weil die 40 000 städtischen Wohnungen den Mietspiegel eher niedriger halten, als wenn die Wohnungen privatisiert wären. Und dann noch einmal die 40 000 Mieter selber: Auch wenn die GAG dramatisch die Mieten erhöht, sind die vielen städtischen Wohnungen von den Mietpreisen her immer

noch vergleichsweise günstig gegenüber den privaten.

Die Berufstätigen, weil durch die 18 000 städtischen Beschäftigten die nach Tarif bezahlt werden, eine weitere Absenkung der Löhne verhindert wird. Das hat Auswirkungen auf den gesamten Kölner Arbeitsmarkt, aber auch auf die Löhne und Gehälter der Beschäftigten. Auch wenn bei Privatisierung immer behauptet wird, sie habe keine Auswirkungen, so entspricht das nicht den Tatsachen.

Alle Gebührenzahler. Denn eine Privatisierung wird über kurz oder lang dazu führen, dass die Gebühren steigen werden. Bei der Privatisierung der Abfallbetriebe entstehen zusätzliche Kosten von 15 Mio DM, allein auf Grund der dann fälligen Mehrwertsteuer.

Die übergroße Mehrheit der Kölnerinnen und Kölner. Denn über kurz oder lang wird so das Vermögen der Stadt Köln verschwendet. Das führt zu wirtschaftlichen Problemen. Die stadtplanerischen Möglichkeiten werden erheblich eingeschränkt, z.B. durch Verkauf von Grundstücken etc.

Das konservative Lager versucht mit der Politik der Privatisierung gleichzeitig Anhänger zu gewinnen, die eine solche Politik mittragen würden. Daran kann man erkennen, dass solche Vorstöße einen realen Hintergrund haben. Mobilisieren und drohen. Solche Vorstöße bewirken aber auch, dass das Lager der politischen Opposition hellhörig wird und sich eine Abwehrfront errichten muss. Den Gewerkschaften und den Personalräten fällt hier eine Schlüsselrolle zu, sie müssen den außerparlamentarischen Widerstand organisieren. jöd

## Bald in der Hand von Atomstromern?

Beim Teilverkauf der Kieler Stadtwerke macht die Verwaltung jetzt Druck. Wirtschaftsdezernent Heinz Rethage bestätigte gegenüber den „Kieler Nachrichten“, dass der Verkauf noch vor der Sommerpause 2000 erfolgen könnte. Die Verwaltung hat bereits eine Beratergemeinschaft, bestehend aus Commerzbank und den Unternehmensberaterbüros Oppenhoff & Rädler und Fichtner, beauftragt den Wert der Stadtwerke zu ermitteln und die Rahmenbedingungen für den Verkauf auszuarbeiten. Bei letzteren, so Rethage, gehe es um die Festlegung der Höhe der zu verkaufenden Anteile und um die weitere Finanzierung des ÖPNV.

Die KVAG macht jährlich ca. 30 Mio. DM Verluste, die bislang durch den Querverbund VVK (Versorgung und Verkehr Kiel GmbH) mit den Stadtwerken über deren Gewinne ausgeglichen werden. Bei einem Verkauf von Anteilen der Stadtwerke ist diese Querfinanzierung und damit der ÖPNV in Gefahr. Rethage meinte dazu, die Stadt suche einen Investor, der „nicht nur Geld verdienen, sondern sich in Kiel strategisch positionieren“ wolle. Von den 10 bis 15 potentiellen Käufern auf dem europäischen Markt hätten sich bereits einige gemeldet. Wichtiger als die Höhe der Beteiligung, so Rethages Einschätzung, sei für die Interessenten, welchen Einfluss sie auf die Unternehmensführung der Stadtwerke ausüben könnten. Zwar gebe es „noch keinerlei Festlegungen“, aber als strategischer Standort könnte Kiel v.a. für skandinavische Investoren interessant sein.

Noch kann man nur spekulieren, wer sich die Stadtwerke zumindest teilweise unter den Nagel reißen will. Gerade im Hinblick auf Rethages Anspielung auf Skandinavien wäre es aber denkbar, dass z.B. die schwedische Sydkraft, Betreiberin des AKW Barsebäck, dem die schwedische Regierung gerade einen Reaktor abgeschaltet hat, nach neuen Investitionsfeldern Ausschau hält. Sydkraft ist bereits jetzt eng mit den deutschen Atomstromern PreussenElektra und HEW verbündet. Einmal neu würde sich bestätigen, dass die Welle der Privatisierung von Stadtwerken, die gegenwärtig durch die Republik rollt, gerade die Anbieter von (durch die Jahrzehntelange staatliche Subventionierung) billigem Atomstrom auf den Plan ruft. Die Bildung eines örtlichen linken Widerstands gegen den Stadtwerke-Verkauf scheint vor diesem Hintergrund nicht nur aus arbeitsmarktpolitischen und sozialen Gründen dringend geboten. Auch die bestehenden Anti-AKW-Initiativen sollten dabei die Stadtwerke-Privatisierung zu einem Schwerpunkt ihrer Widerstandsarbeit machen.

(jm) LinX, Soz.Ztg.f. Kiel Dez. 99

## Gegen Privatisierungsvorstellungen der CDU

DGB Kreis Region Köln, Leverkusen, Erft

Was sich so schön unter der Floskel Privatisierung versteckt, ist eine groß angelegte Umverteilung öffentlichen Vermögens in private Hände. Der DGB kann dem auf keinen Fall tatenlos zusehen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind in ihrer überwältigenden Zahl in der Stadt Köln auf eine aktiv handelnde Stadt mehr angewiesen als diejenigen, die sich nun des öffentlichen Vermögens bemächtigen sollen. Wie die verschiedenen Vorschläge zeigen, geht es bei der Privatisierung in erster Linie nicht um eine breite Streuung des öffentlichen Besitzes, sondern die bewußte Lenkung der Kapitalien in die Hände einiger weniger Investoren. Mit einem solchen Vorhaben vernachlässigt die CDU in Köln nachhaltig ihre Verpflichtung zur Daseinsvorsorge für alle Bürger. So ist z.B. der größere Besitz

an öffentlichen Wohnungen in Köln wohlzu für den Mietspiegel im Verhältnis zu vergleichbaren Großstädten wie z.B. München. Vor diesem Hintergrund warnt der DGB eindringlich die CDU, die Schritte ihrer Privatisierungskommission nachzuvollziehen. Nicht zuletzt die Politik der sozialen Marktwirtschaft verlangt eine starke – d.h. auch vermögende – Stadt. Eine Stadt im Kleide des Nachtwächterstaates wäre für die Allgemeinheit nicht erträglich. Daher sagt der DGB in Köln diesen bekannt gewordenen Privatisierungsplänen in aller Entschiedenheit den erbitterten Widerstand an. Gleichzeitig bringt der DGB aber auch die Hoffnung zum Ausdruck, dass man bei der ‘neuen Mehrheit’ im Rat zur Besinnung kommt und zu gemeinsamen vertretbaren vernünftigen Lösungen gelangt.



**Gebührenanstieg wegen Müllvermeidung**

## **Müll paradox**

Am 16.12. beschloss der Stuttgarter Gemeinderat mit seiner bürgerlichen Mehrheit eine Erhöhung der Müllgebühren um durchschnittlich drei Prozent. Der ursprüngliche Verwaltungsvorschlag mit großen Strukturänderungen war unmittelbar vorher zurückgezogen worden. Das zu erwartende Defizit soll nun durch „Einsparungen in der kommunalen Abfallwirtschaft“ gedeckt werden. Die von SPD, Grünen und dem PDS-Stadtrat unterstützte Müllgrundgebühr für Gewerbebetriebe fand keine Mehrheit. Im folgenden ein paar Zusammenhänge zur Müllpolitik in Stuttgart.

Glaubt man den Bekenntnissen aller Parteien, so ist Abfallpolitik eine klare Sache. Denn alle unterstützen als Ziele der Abfallwirtschaft:

- Abfall zu vermeiden,
- unvermeidlichen Abfall wiederzuverwenden oder, wo das nicht möglich ist,
- so zu entsorgen, dass kein Schaden für die Menschen, die Umwelt und spätere Generationen entsteht.

Diese Ziele wurden auch in alle einschlägigen Richtlinien, Gesetze und Verordnungen geschrieben. Die geltende EU-Richtlinie 91/156/EWG geht sogar von Kreislaufwirtschaft aus. Kreislaufwirtschaft würde bedeuten, dass Stoffe, die der Natur entnommen werden und in die Produktion und den Konsum eingehen, nicht als Abfall oder Gift in die Natur zurückkommen, sondern so behandelt werden, dass sie immer wieder der Produktion weiterer Güter zugeführt werden. So wie Alteisen nicht vergraben, sondern wieder verwertet wird.

So schön die Ziele formuliert sind, so mangelhaft sind die Gesetze und Richtlinien zur Durchführung. Das Abfallgesetz des Bundes legt fest, dass Gewerbebetreibende und Industrie ihre Abfälle selbst entsorgen können. Die Bevölkerung muss sich jedoch der öffentlich organisierten Müllabfuhr bedienen.

Und so ist in den letzten Jahren eine verrückte Situation entstanden. Die privaten Haushalte und kleinen Gewerbebetreibende verhalten sich vorbildlich. Sie verursachen immer weniger Müll und darüber hinaus trennen sie den verbleibenden Müll in die verschiedenen Wertstoffe – Papier, Glas, organische Stoffe für Kompost – und den eigentlichen Abfall. Dafür werden sie nun „bestraft“ durch immer höhere Gebühren.

Die Müllverbrennungsanlagen wurden in den vergangenen Jahrzehnten für die Kapazität des gesamten Abfalls – privat, gewerblich und von der Industrie verursacht – gebaut; die Technik wurde verbessert, um möglichst wenig Schadstoffe in die Luft zu lassen oder übrig zu behalten. Seit 1988 hat der angelieferte Gewerbeabfall drastisch reduziert (1988: 127 081 Tonnen, 1998: 17 149 Tonnen). Im Abfallwirtschaftskonzept 1996 der Lan-

**Lösungsvorschläge der Politik erwartet / Streichung des Wasserpfennigs gefordert**

## **Grosskraftwerker demonstrieren vor dem Mannheimer Gemeinderat gegen Entlassungspläne**

„Strom aus Frankreich, Käse aus Holland, arbeitslos in Deutschland“ und „Aktienbörse Top, Arbeitsplätze Flop“, stand auf Transparenten, mit denen der Grossteil der Beschäftigten des Grosskraftwerkes Mannheim (GKM), zum Teil mit ihren Familien, vor der Sitzung des Mannheimer Stadtrates im Stadthaus, lautstark ihren Unmut über den geplanten Stellenabbau zum Ausdruck brachten. Rund 500 Beschäftigte würden ihren Job verlieren, wenn es nach dem Willen der Geschäftsleitung geht.

Der Mannheimer Oberbürgermeister Gerhard Widder, gleichzeitig auch Aufsichtsratsvorsitzender des Konzerns, brachte deutlich zum Ausdruck, dass der Stellenabbau nicht zu verhindern sei. Der Strompreisverfall sei nun mal nicht aufzuhalten. Wörtlich: „Damit keine falschen Erwartungen entstehen: Wir werden den Abbau nicht verhindern, ihn nicht verhindern können.“ Das GKM sei gezwungen beim Strompreis mitzuziehen. Man wolle beim Strompreis versuchen, in eine Größenordnung zu kommen, die dem Strommarkt entspreche, um das GKM zu erhalten. Das Kraftwerk werde jedoch anders aussehen als heute. Alles andere wären Versprechungen, die keiner erfüllen könne. Man werde auch in allen anderen Grossunternehmen in Mannheim Arbeitsplätze verlieren, bis auf wenige Ausnahmen. Das sei nicht aufzuhalten. Dort gebe es die selbe Situation, nur auf anderen Märkten.

Die Forderung der Beschäftigten, Ihr Anliegen in die Tagesordnung des Gemeinderats aufzunehmen, könne erst erfüllt werden, wenn sich der Hauptausschuss mit dem Antrag abschliessend befasst habe.

GKM-Betriebsratsvorsitzender Uwe Altig, machte seiner Enttäuschung ob des Verhaltens des Mannheimer OB Luft. Die Beschäftigten seien enttäuscht, dass, jetzt kurz nach der Mannheimer OB-Wahl, der Personalabbau zur Debatte stehe. Er setze sich nicht mit der Ve hemenz im Kampf um die Rettung von Arbeitsplätzen beim GKM ein, wie er dies

bei anderen Mannheimer Unternehmen unternommen habe. So war auf einigen der Transparente zu lesen: „Nach der Widderwahl ist mir alles egal. OB, wo bist Du?“ Die Kamine rauchten, was sie hergäben. Man fahre jetzt fast schon wieder auf der Produktivität des letzten Jahres. Der Stellenabbau scheine daher unlogisch. Die Protestierenden übergaben den Stadträtinnen und Stadträten sowie dem OB ein Schreiben, in dem die Kernaussagen eines von der ÖTV und dem Betriebsrat erstellten Positionspapiers zur „Zukunft unseres und Ihres GKM“ formuliert werden.

Unterstützung kam auch vom DGB Kreisvorsitzenden in Mannheim, Max Nagel. Er versprach den GKM-Mitarbeitern, ihre Sorge um die Arbeitsplätze im Stuttgarter Landtag zur „Chefsache“ zu machen. Er wolle sich in Stuttgart bei Ministerpräsident Erwin Teufel und beim dortigen Finanzministerium für den Erhalt des Standortes einsetzen. Der „baden-württembergische Wasserpfennig“, der derzeit noch erhoben werde und das GKM mit 22 Millionen DM belaste, stelle eine „hausgemachte Wettbewerbsverzerrung“ dar. Dieser müsse erlassen werden, was die Rettung von rund 200 Stellen bedeuten würde. Der europäische Sozialfonds stelle für Baden-Württemberg in den nächsten sechs Jahren etwa 60 Millionen DM zur Verfügung, um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die Zielrichtung dürfe nicht dahin gehen, erst Arbeitslosigkeit abzuwarten, sondern die Mittel schon im Vorfeld dafür einzusetzen, Arbeitsplätze zu retten. Das gelte auch für das GKM.

Verschiedene Politiker, so auch der baden-württembergische PDS-Abgeordnete Winfried Wolf, haben ihre Unterstützung zugesagt und wollen sich für den Erhalt der Arbeitsplätze stark machen. Noch im Dezember wird es zu einem Vor-Ort-Gespräch zwischen dem Betriebsrat des GKM und Winfried Wolf kommen, in dem Unterstützungsmöglichkeiten zur Sprache kommen.

*Helmut G. Roos*

des Hauptstadt Stuttgart ist die Ursache nachzulesen: „Neben der Vermeidung und Verwertung dürfte hier das ‚Verschieben‘ von Gewerbeabfällen nach außerhalb Stuttgarts eine Rolle spielen. Unter dem Deckmantel Wirtschaftsgut beziehungsweise Wertgemisch werden derartige Abfälle dort einer Billigentsorgung unterworfen.“ (S. 81). Die Kosten für die Verbrennungsanlage sind aber geblieben und werden auf die Bevölkerung abgewälzt. Bei abnehmender Einwohnerzahl und abnehmendem Privatmüll wird dieser immer teuerer.

Zweitens: Durch den Mülltourismus der Industrie werden auch die ökologischen Ziele der Abfallwirtschaft unterlaufen. Die Stadt verlangt zwar von den Firmen Berichte über ihre Müllentsorgung; einen politischen Hebel, um die Vermeidung umweltschädlichen Mülls und die sichere – auch zukunftsichere – Weiterbearbeitung und Entsorgung der Abfallstoffe durchzusetzen, hat sie nicht. Durch verschiedene Gebühren für verschiedene Abfallarten und ihre Entsorgung könnte ein (sanfter) Druck ausgeübt werden, bestimmte Produktionsabläufe und Verfahren in Richtung auf Müllvermeidung und Wiederverwertung zu ändern und zu steuern. Durch Vorschriften für die ordnungsgemäße Lagerung und Entsorgung könnte die Stadt ebenfalls Einfluss nehmen. Der Mülltourismus schlägt nun der Stadt und dem Gemeinderat diese wichtigen ordnungspolitischen Mittel aus der Hand. Die Folge: Die Bevölkerung trägt nicht nur jetzt die erhöhten Kosten für die nicht ausgelasteten Müllverbrennungen. Sie trägt auch das Zukunftsrisiko und wird die Kosten für die entstehenden „Altlasten“ auf den Billigdeponien tragen müssen.

Ein Herumschrauben an der Müllgebühren-Skala für die Bevölkerung ist nicht nur ungerecht, sondern verhindert weiterhin, dass die tatsächlichen Probleme untersucht und angepackt werden. Die Qualität der Mülldebatte im Gemeinderat wird daran zu messen sein, ob die Ursachen der Misere benannt und Schritte zur Änderung dieser Situation vorgeschlagen werden.

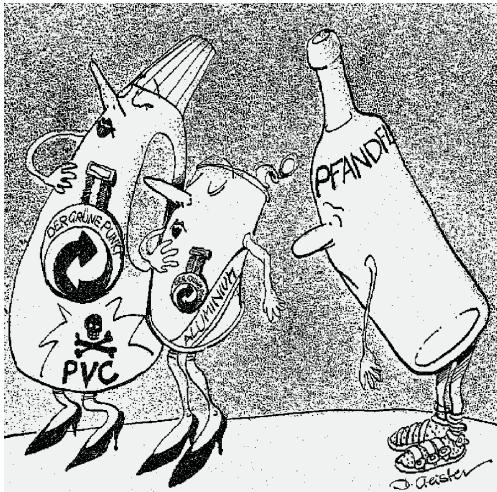
Die Verwaltung schlug nun vor, „mit dem Ziel verbesserter Gebührengerechtigkeit“ ab 1.1.2000 „eine grundstücksbezogene Grundgebühr und eine behälterbezogene Leistungsgebühr“ einzuführen, den Restmüll um 4,1 % billiger zu machen, für die Grüne Tonne (Altpapier) eine Gebühr zu verlangen, die Biotonne teurer zu machen, die Sperrmüllgebühr samstags zu erhöhen.

Nach Protesten der IHK gegen die grundstücksbezogenen Gebühr lehnt die CDU als größte Fraktion die Beschlussvorlage ab. Sie will stattdessen eine Erhöhung der einheitlichen Müllgebühr um 3 Prozent, Gebühren für die Samstagsablieferung von Sperrmüll, eine Gebühr für die Grüne Tonne ab einer bestimmten Relation zum Restmüll und fordert gleich-

zeitig von der Stadtverwaltung „notwendige Einsparmaßnahmen“, die erfahrungsgemäß zu Lasten der Beschäftigten in der Müllabfuhr und -beseitigung gehen werden.

Die Grünen unterstützen die grundstücksbezogene Gebühr.

Protest gibt es vom Mieterbeirat der SWSG, der die Abwälzung beinahe der gesamten Last für Abfallbeseitigung auf die privaten Haushalte anprangert und als „Maßstab“ vorschlägt: „Die privaten Haushalte werden mit dem Anteil der Kosten belastet, die von den in Anspruch genommenen Kapazitäten verursacht werden. Der Kapazitätsüberhang in der Abfallbeseitigung ist von Industrie und Gewerbe verursacht, folglich sind diese mit den daraus resultierenden Kosten zu belasten. Die privaten Haushalte tragen schon jetzt den Kostenanteil, den sie verursachen – deshalb keine Erhöhung der Abfallgebühren!“ (ulk)



#### **Münchener Kreisverwaltungsausschuss lehnt Sonderöffnungen ab**

## **Irgendwann muss LadenSchluss sein!**

Der Landesverband des Bayerischen Einzelhandels (LBE) hat auf Initiative der Münchener Arbeitgeber den Antrag gestellt, an zwei Samstagen bis 21.00 Uhr die Genehmigung für Sonderöffnung zu erteilen. OB Ude lehnte ab, der Kreisverwaltungsausschuss ebenso. Die Münchener Einzelhandelsbetriebe hatten 600.000 DM für die Aktion „Münchener im Kunstlicht“ gespendet und wollten jetzt dafür länger verkaufen dürfen. Wegen der Kurzfristigkeit konnte die Sonderöffnung auch nicht im Stadtratsplenum verhandelt werden – da hätte das Ergebnis vielleicht anders ausgesehen.

Seit Veröffentlichung des Ifo-Gutachtens häufen sich Anträge auf Sonderöffnungen. Das Ifo hatte wie erwartet die Empfehlung für weitere Deregulierung des Landenschlußgesetzes gegeben: Aufhebung des Landenschlußgesetzes von Montag bis Samstag, bundeseinheitliche Öffnung an vier Adventssonntagen, Erwei-

terung der Ausnahmegenehmigungen für die Sonntage.

Die Gewerkschaft hbv hat begonnen, den Widerstand gegen die Deregulierung zu organisieren, denn: jede Stunde längerer Öffnungszeit bringt weiteren Schub beim Personalabbau und verstärkten Konkurrenzdruck im ruinösen Wettbewerb. Gewinner können nur – wie bisher – die großen Konzerne sein. Die waren auch an der Spitze des Abbaus von Vollzeitarbeitsplätzen seit der letzten Änderung des Ladenschlusses (1996) zu finden:

Kauf- und Warenhäuser (-9,7%), SB-Warenhäuser (-4,0%), Lebensmittelmärkte (-9,1%), Größere Fachgeschäfte (-5,1%), Kleinere Fachgeschäfte (-6,4%)

Die Personalkosten werden permanent gesenkt, dies führt zu problematischen Personalstrukturen: In Warenhäusern sind es gegenwärtig noch 60% Vollzeit- und ca. 40% Teilzeitbeschäftigte, in

SB-Warenhäusern nur noch 30% Vollzeitbeschäftigte und in Discountern finden sich neben dem Filialleiter fast nur noch geringfügig Beschäftigte. Die Arbeitsbedingungen im Einzelhandel werden immer ungünstiger: Von morgens bis abends müssen Verkäuferinnen und Verkäufer überwiegend stehen, Kassiererinnen müssen am Tag mit „links“ bis zu 2 Tonnen Waren bewegen, zur körperlichen Belastung kommt die Verantwortung für hohe Geldbeträge, Arbeitszeit – bis weit in die Abendstunden und am Samstagnachmittag. Das Einkommen im Einzelhandel entspricht dem bei weitem nicht: eine gelehrte Verkäuferin hat ein Tarifgehalt von 3.449 DM nach 6 Berufsjahren für Vollzeit, viele arbeiten jedoch mittlerweile in Teilzeit.

Eine Änderung des Ladenschlußgesetzes hat weit mehr Konsequenzen als „nur“ die weitere Verschlechterung der Lebensqualität der Beschäftigten im Einzelhandel. Andere Branchen werden folgen. So ist bereits der Manteltarifvertrag in Buchhandel und Verlage gekündigt, im Großhandel werden bereits Modelle für längere Arbeitszeiten erarbeitet und der Widerstand der Bankangestellten gegen Samstagsarbeit würde erschwert. Auch die Verbraucher – die fast alle auch Arbeitnehmer/innen sind – werden auf Dauer draufzahlen: Beratung und Bedienung wird weiter verschlechtert durch Personalabbau, das Sortiment wird immer eintöniger durch die Vernichtung der kleineren Händler, die Handelskonzerne können alle Preise diktieren. Es liegt denn auch in der Natur der Sache, daß die Änderung des Landenschlusses nur durch ein breites Bündnis vieler gesellschaftlicher Kräfte verhindert werden kann, es muß eine breite Diskussion stattfinden über die Frage: wird Lebensqualität nur durch schrankenlosen Konsum (für wenige) definiert, oder ist vielmehr nicht auch die Frage ob es Zeit für alle gibt, in der soziales Leben stattfinden kann? (dar)

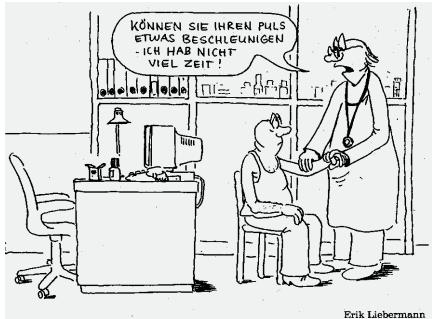
## Politik darf die Armen nicht vernachlässigen

Die Gesundheitspolitik darf nicht länger die spezifische Krankheitsbelastung armer Menschen vernachlässigen. Dies hat der Sozialmediziner Professor Gerhard Trabert in Berlin gefordert.

Die Ansiedlung von Arztpraxen und anderen Gesundheitseinrichtungen in Stadtteilen mit hoher Armutssquote sollte gefördert werden, heißt es in dem gleichzeitig vorgelegten Bericht der Nationalen Armutskonferenz, ein Zusammenschluß von Wohlfahrtspflege, Verbänden, Betroffenen und Wissenschaftlern. Noch immer orientiere sich die Gesundheitspolitik bei strukturellen Entscheidungen an den Versicherten in ökonomisch stabiler und gesicherter Situation, kritisierte Trabert, der Vorsitzender des Vereins Armut und Gesundheit in Deutschland ist. Dabei gebe es seit über einem Jahrzehnt auch im deutschsprachigen Raum alarmierende Erkenntnisse über das statistisch erwiesene und damit signifikant höhere Erkrankungs- und Sterblichkeitsrisiko von Bevölkerungsgruppen, die besonders von Armut betroffen seien. Dazu gehören vor allem Alleinerziehende und ihre Kinder, Familien mit mehr als drei Kindern, Arbeits- und Wohnungslose, Ausländer, sowie in Zukunft verstärkt Alte, chronisch Kranke und Behinderte.

Armut führt nach Erkenntnissen des Arztes zu Hemmungen, etablierte Gesundheitseinrichtungen zu nutzen. Deshalb müßten niedrigschwellige Versorgungsstrategien und Behandlungsmöglichkeiten an sozialen Brennpunkten erprobt und ausgebaut werden, so in Kindergärten und Arbeitsämtern. Interdisziplinäre Versorgungsteams (Ärzte, Pfleger, Sozialarbeiter) und die Vernetzung mit bestehenden Strukturen seien dabei unbedingt erforderlich. Ziel dieser zusätzlichen Versorgungsstrukturen müsse aber die Reintegration der Betroffenen in das bestehende Versorgungssystem sein. Trabert: „Es darf keine spezielle Armutsmedizin etabliert werden“. Außerdem müßten „Privatisierungstendenzen bei elementaren Gesundheitsleistungen“ gestoppt werden.

(Quelle Ärztezeitung, 8.12.99), elf



### Reform der Stadtverwaltung:

KÖLN. Die PDS fordert einen Runden Tisch zu diesem Thema. „Eine Neustrukturierung der Stadtverwaltung muß mit allen Beteiligten diskutiert werden, insbesondere der Personalrat und die Gewerkschaft ÖTV sollten einbezogen werden,“ erklärte Ratsmitglied Jörg Detjen. Die PDS wird einen entsprechenden Antrag in den Rat einbringen. Sie kritisiert den Kahlschlag und die neue Gewichtung sozialer Interessen durch CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. So sollen das Sozialamt und das Amt für Wohnungswesen einem CDU-Dezernenten zufallen und der wichtige Bereich der Sanierungsgebiete dem CDU-Wirtschaftsdezernenten zugeschlagen werden. Die CDU macht jetzt noch Zugeständnisse an die Mittelschichten, z.B. mit der Finanzierung der Freien Theaterprojekte, plant aber den sozialen Kahlschlag gegen die Interessen der armen Leute, z.B. die drastische Erhöhung der Friedhofsgebühren.

**ZwangsarbeiterInnen:** AUGSBURG. Ein Drittel der Augsburger Industriearbeiterschaft waren Zwangsarbeiter, meist aus der Sowjetunion und Polen. Die Augsburger Grünen haben Anfang Dezember rund 40 Firmen und die Stadt aufgefordert, der Bundesstiftung beizutreten oder eine eigene Initiative zu gründen. Mitte Dezember beschloß der Stadtrat, sich auf Antrag der SPD-Fraktion Gedanken zu machen über Entschädigungszahlungen an bei der Stadt beschäftigte ZwangsarbeiterInnen. Die Grünen fordern zusätzlich: Die Stadt soll ein Historikerteam beauftragen, weitere örtliche Forschungsarbeit auch zu den Lebensumständen der ZwangsarbeiterInnen durchzuführen, und die Einrichtung einer Gedenkstätte prüfen.

**Rückgabe von Kulturgütern:** BERLIN. Der Deutsche Städttetag hat gemeinsam mit der Bundesregierung und den Ländern eine politische Erklärung verabschiedet, mit der zum Ausdruck gebracht werden soll, dass weiterhin der feste Willen besteht, vom nationalsozialistischen Staat entzogene Kulturgüter aufzufinden und an berechtigte Eigentümer zurückzugeben. Durch die Ergebnisse der Washingtoner-Holocaust-Vermögenskonferenz vom 3.12.1998 werden Anstöße gegeben, die Suche nach entzogenen Kunstgegenständen insbesondere ursprünglich jüdischer Provenienz in den deutschen Museen und Sammlungen zu intensivieren. Die Städte, die unmittelbare Orte des von Seiten der Nationalsozialisten verübten Unrechts waren, tragen in dieser Situation eine besondere Verantwortung. Durch die jetzt gestartete Initiative, die zunächst Ausdruck in der verabschiedeten Erklärung findet, werden die Städte auch dazu aufgerufen, Aufklärungs- und Erinne-

rungsarbeit zu leisten, Lokalforschung zu unterstützen und das Wissen um Geschehenes weiterzugeben.

**Kraft-Wärme-Kopplung:** Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) begüßt den am 16.12. im Deutschen Bundestag diskutierten Gesetzentwurf zum Schutz von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen. Dieses Sofortprogramm für die umwelt- und klimaschonende KWK-Technik war notwendig geworden, weil durch die übergangslose Einführung des Wettbewerbs im Strombereich und durch einen Preisverfall mit Tendenz zu Dumpingpreisen der Weiterbetrieb von KWK-Anlagen in Frage gestellt war. 63 kommunale Anlagen fallen unter das 5-jährige Sofortprogramm, die einen degressiv gestalteten Ausgleichsbetrag von anfangs 3 Pfennig pro Kilowattstunde erhalten. Neben dieser sofortigen Hilfe müsse allerdings bald eine Regelung gefunden werden, die den nachhaltigen Bestand der Kraft-Wärme-Kopplung sichere, nicht zuletzt aus Gründen des Umwelt- und Klimaschutzes. Nach Auffassung des VKU könne eine solche Regelung in einer Quotenlösung bestehen.

**Unternehmenssteuerreform:** BERLIN. Der Bestand der Gewerbesteuer werde durch die jetzt bekannt gewordenen Pläne der Bundesregierung massiv gefährdet, erklärte am 15.12.1999 der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städttages, Dr. Stephan Articus. Die Gewerbesteuer soll nach diesem Vorhaben bei Einzelunternehmen und Personengesellschaften etwa zur Hälfte auf die Einkommensteuer des Unternehmers oder der Gesellschafter angerechnet werden. Dies sieht der Städttetag als Bruch der Zusage der Bundesregierung an, nach der die Zukunft der Gewerbesteuer in den kommenden Jahren unter Einbeziehung der Kommunen diskutiert werden sollte. Die Städte haben ferner erhebliche Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Teilanrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer. Der Bundesfinanzhof hat festgestellt, dass die geltende Tarifbegrenzung für gewerbliche Einkünfte verfassungswidrig ist, insbesondere weil die Begünstigung gewerblicher Gewinne das Gebot einer grundsätzlich gleichen und folgerichtigen Belastung der Einkunftsarten verletzt. Vor diesem Hintergrund ist nicht nachvollziehbar, dass eine noch viel stärkere Ungleichbehandlung der Einkunftsarten durch die einkommenssteuerliche Entlastung gewerblicher Einkünfte von Einzelunternehmern und Gesellschaftern verfassungsgemäß sein soll. Es müsste befürchtet werden, dass diese Anrechnungslösung von den Gewerbesteuergegnern nur als Vehikel zur vollständigen Abschaffung dieser Steuer benutzt würde.

Zusammenstellung: ulj

## IGM-Forderungen zur Tarifrunde 2000

„Erhöhung der Löhne und Gehälter im Volumen von 6,5 % (in den ersten sechs Monaten in Form von Einmalzahlungen von 300,- DM / Monat) und der Ausbildungsvergütungen um 150,- DM, Laufzeit des Tarifvertrags möglichst nicht länger als ein Jahr“ - so die einstimmige Empfehlung der am 2.12.99 auf der Delegiertenversammlung der Verwaltungsstelle Schweinfurt anwesenden 82 Delegierten an die große Tarifkommission Bayern der IG Metall.

Für die Finanzierung eines Fonds im Rahmen des Modells „Beschäftigungsbrücke zwischen Jung und Alt“ sollen davon 0,5 Prozent verwandt werden. Der Fonds soll so gestaltet werden, daß er nach Ablauf von fünf Jahren zur Verbesserung der Altersteilzeit oder zur Finanzierung eines zusätzlichen Rentenbausteins verwandt werden kann. Der jetzt auslaufende Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen soll neu abgeschlossen werden, die Leistungen sollen auf 78,- DM / Monat erhöht werden und wahlweise auch zum Zweck der Altersversorgung angelegt werden können.

In den vorangegangenen Diskussionen in den Vertrauenskörpern der Betriebe war die „Beschäftigungsbrücke zwischen Jung und Alt“ intensiv und kritisch diskutiert worden. Nachdem der IG Metall-Hauptvorstand mit seiner öffentlichen Kampagne für die „Rente mit 60“ Fakten geschaffen hatte, konzentrierte sich die Diskussion auf die tarifliche Umsetzung und die Frage der Gewichtung der Lohnforderungen. Mit dem Volumen von 6,5 Prozent und der Forderung nach kurzer Laufzeit sprach sich die Delegiertenversammlung für eine starke Berücksichtigung der Einkommensinteressen der Metallbeschäftigte in der Tarifrunde 2000 aus.

Da sich die Anzeichen mehren, daß der bayerische Metallarbeitgeberverband VBM durch Gründung eines sog. OT-Verbands, Tendenzen zur Tarifflucht fördern will (ein OT-Verband soll Betrieben die Mitgliedschaft im VBM ohne Anerkennung der Tarifverträge ermöglichen), erklärte die Delegiertenversammlung in einer weiteren Resolution ihre Entschlossenheit, Tarifverträge zu verteidigen: „1. In den Betrieben der Metallindustrie mit Tarifbindung (VBM-Betriebe) werden vorsorglich Tarifkommissionen gegründet. 2. Sollte ein tarifgebundener Betrieb durch den Übertritt in den OT-Verband aus der Tarifbindung flüchten wollen, werden betriebliche Tarifrunden geführt. 3. Ziel dabei ist es, die jeweilige betriebliche vorhandene Stärke der IG Metall so zur Geltung zu bringen, dass betrieblich vorhandene Verteilungsspielräume voll ausgenutzt werden und die Tarifbindung wieder hergestellt wird.“

cls



Große Tarifkommission der ÖTV

## Zur Tarifrunde 2000 im öffentlichen Dienst

Immer wenn die Frage ansteht: was fordern wir, spürt man, dass die Gewerkschaften keine politische Strategie haben. War bei den letzten Tarifrunden im öffentlichen Dienst (ö.D.) noch die Beschäftigungssicherung im Zentrum, so erweckt der Beschluss der Großen Tarifkommission vom 15. Dezember den Eindruck, dass man davon wieder weg will, natürlich ohne die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ganz zu vergessen.

Der Beschluss beginnt mit einer Kritik am Sachverständigenrat, der in seinem Jahresgutachten weiterhin die „Angebotspolitik“ (also Senkung der Kosten der Ware Arbeitskraft) als richtigen Weg beschreibt. Da diese Politik, der auch die Gewerkschaften mehr oder weniger freiwillig in den letzten Jahren gefolgt waren, nicht zum Erfolg geführt hat, scheinen die Gewerkschaften nunmehr darüber nachzudenken, ob die „gegenteilige“ Politik, nämlich hohe Abschlüsse zu tätigen, erfolgreicher sein könnte, zumindest erfolgreicher hinsichtlich der eigenen Mitgliedschaft. So hat beispielsweise der ÖTV-Bezirk Berlin seine Vorstellungen für die Tarifrunde 2000 festgelegt mit der zentralen Forderung nach 5%, mindestens 250 Mark, und Erhöhung der Zuwendung (Weihnachtsgeld) wieder auf ein volles Monatseinkommen (derzeit

rund 93%), was das Forderungsvolumen nochmals 0,2-0,3 Prozentpunkte erhöhen dürfte. (1)

Leider scheint dieses Nachdenken weniger Ergebnis einer politischen Strategiediskussion zu sein, sondern eher Ausdruck von Hilflosigkeit, was es für die Gewerkschaftsmitglieder schwer macht, mit Begeisterung den jeweiligen Überlegungen zu folgen. (2) So legte z.B. auf einer Berliner Diskussionsveranstaltung im Oktober der Vertreter des Tarifsekretariats aus Stuttgart dar, wie schwierig es sei, eine Forderung zu finden. Grund: Die bisherige „Formel“, Preissteigerungsrate + Produktivitätssteigerung + Wirtschaftswachstum, sei nicht anwendbar, weil die Preissteigerungsrate viel zu niedrig, das Wirtschaftswachstum geringer als erwartet, und die - zwar vorhandene - Produktivitätsentwicklung im

## Beschluß der Großen Tarifkommission vom 15.12.99 zur gem

Der Sachverständigenrat hat in seiner „Agenda für mehr Wachstums- und Beschäftigungsdynamik“ Vorschläge in die Debatte gebracht, die sich bereits in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten als Irrweg erwiesen haben und einen sozial- und gesellschaftspolitischen Katastrophenkurs bedeuten würden: Senkung der Arbeitskosten, Auflösung „zu starrer Lohnrelationen“, Propagierung einer Angebotspolitik als richtigem Weg, Verschlechterung des Kündigungsschutzes usw. Die Auffassung „von Tarifverträgen durch betriebliche Vereinbarungen abweichen zu können“ und „Neueingestellten eine deutlich untertarifliche Bezahlung“ zuzumuten, bedeutet letztendlich, die Arbeits- und Einkommensbedingungen zu einem Wettbewerbsfaktor zu machen. ....

Die Forderungen des Sachverständigenrates im Jahresgutachten nach einer Lohnpolitik mit Tarifabschlüssen unterhalb des Produktivitätsanstiegs, bei der

die Entwicklung der Preise in seinen Überlegungen zur künftigen Einkommensstarifpolitik nicht einmal einbezogen wird, würden zur Folge haben, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von der wirtschaftlichen Entwicklung auszuschließen. Die arbeitsmarktpolitischen Folgen wären katastrophal, weil eine erneute Schwächung der Binnennachfrage die prognostizierte Konjunkturbelebung zwangsläufig gefährden würde.

Angesichts der ungleichen Entwicklung der Arbeitnehmereinkommen und der Unternehmens- und Vermögensseinkommen wir die Gewerkschaft ÖTV eine weitere Umverteilung zuungunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch mit tarifpolitischen Mitteln bekämpfen...

Die Begrenzung von Einkommenszuwachsen auf die Preissteigerungsrate wird die Gewerkschaft ÖTV nicht akzeptieren. Dies gilt gleichermaßen für die geplante Erhöhung der Besoldung der Be-

ö.D. kaum heranziehbar sei, weil es in den neuen Bundesländern noch immer einen großen Personalübergang gäbe. Und man gewann den Eindruck, dass die Tarifpolitiker der ÖTV nicht ganz unglücklich über den Vorstoß von Bundesinnenminister Schily waren, die Anpassung der Renten in Höhe der Inflationsrate auf die Beamteneinkommen zu übertragen mit dem Hintergedanken, darüber die Tarifrunde für den restlichen ö.D. zu beeinflussen. So ist jetzt schon klar, dass jeder Tarifabschluss, der darüber liegt, ein (Teil-)Erfolg ist. Allerdings wird auch Schily daran gemessen werden, der ja im vergangenen Jahr einen überraschend hohen Tarifabschluss tätigte.

Schwierig ist die Tarifrunde im ö.D. allerdings auch ohne das Lohndiktat aus Bonn:

– Es existieren Altlasten aus den vergangenen Tarifrunden, die unerledigt geblieben sind. Z.B. die „Tarifverhandlungen zur Arbeitszeitgestaltung im öffentlichen Dienst“ (u.a. die Frage von Arbeitszeitkonten und -korridoren), wo bis zum 31.7. eine Einigung erreicht werden sollte. Offen auch die Verhandlungen für die Beschäftigten in Krankenhäusern. Hier haben die Arbeitgeber den letzten Verhandlungstermin am 7./8.11. abgesagt. Zu Recht befürchtet die ÖTV, dass diese offenen Verhandlungen mit in die (Einkommens-)Tarifrunde 2000 einfließen werden.

– Es werden in dieser Tarifrunde (formal) zwei Tarifverträge verhandelt: Der Einkommenstarifvertrag, in dem die Höhe der Vergütungen und Löhne für Angestellte und Arbeiter/-innen festgelegt wird. Zum anderen steht der Tarifvertrag zur Angleichung der Einkommen im Tarifgebiet Ost, das derzeit 86,5% beträgt, auf der Tagesordnung. Dieser Tarifvertrag läuft bereits zum 31.12.99 aus. Be-

wußt hat sich die Große Tarifkommission für gemeinsame Verhandlungen entschieden, da die Frage der Finanzierung und damit der Aufrechnung mit Sicherheit auf dem Tisch kommt. Dies wird (vermutlich) eine Bewährungsprobe für die Große Tarifkommission werden, in der unterschiedliche Prioritäten und Interessen in West und Ost nach wie vor wirken. – Berücksichtigt werden muss in dieser Tarifrunde auch, dass – erstmals in größerem Umfang und auch im Weste – Tarifbruch seitens der öffentlichen Arbeitgeber begangen wurde und somit zu erwarten ist, dass dies bei einem hohen Abschluss weiter zunehmen wird. So wurde die letzjährige Einkommensanhebung kostenmäßig z.B. dadurch aufgefangen, dass die Beschäftigten 6 Tage unbezahlten Urlaub nehmen mussten oder dass das Urlaubsgeld gestrichen wurde. Fakten, mit denen die ÖTV bisher höchstens im Tarifgebiet Ost, aber insgesamt weniger als die anderen Branchen einbeziehen musste. Es wird also höchste Zeit, dass in den Gewerkschaften intensiv über tarifpolitische Strategien nachgedacht wird – wünschenswert wäre, dass dies gemeinsam geschieht. Die Große Tarifkommission der ÖTV wird am 23.2.2000 über die konkrete Forderungshöhe und -inhalte beschließen. Davor liegt die IG Metall, die nicht unweentlich dafür ist. (har)

(1) Die ÖTV Berlin ist hier zeitlich vorgeprescht, weil sie die Auffassung vertrat, dass bereits auf der Sitzung am 15.12.99 die Große Tarifkommission die Forderung beschließen sollte. Das zentrale Tarifsekretariat allerdings will erst am 23.2.2000 die Forderung beschließen.

(2) Dies kann man recht gut am Beispiel der IG Metall sehen, wo Zwickel mit Vehemenz seine Rente mit 60 vertritt und erst jetzt, wo man sich ausrechnen kann, dass sie nicht durchkommt (vielleicht auch als Druckmittel, um sie durchzusetzen), von hohen Lohnforderungen geredet wird.

**BDI-Chef Henkel will Arbeitskosten pro Stunde senken.** – HB, Montag, 6.12.1999.

– Zentrales Problem der deutschen Wirtschaft seien die zu hohen Arbeitskosten pro Stunde, diese könnten durch die Verlängerung der Wochenarbeitszeit gesenkt werden, so Hans-Olaf Henkel beim letzten Treffen der Spitzenvertreter der Wirtschaft und der Gewerkschaften im Bündnis für Arbeit.

**Wirtschaft kritisiert SPD-Vorschlag zur Besteuerung großer Vermögen.** –

Der Präsident des DIHT, H. P. Stihl, kritisierte, die von Schröder geplante Erhöhung der Erbschaftssteuer bei großen Vermögen sei „das falsche Instrument bei falscher Diagnose“. Der Generationswechsel bei Betrieben werde weiter erschwert, damit gingen viele Arbeitsplätze verloren. Der Hauptgeschäftsführer der Verbände der deutschen Holz- und Möbelindustrie, D. Klaas, forderte, Betriebsübernahmen innerhalb der Familie ganz von der Erbschaftssteuer frei zu stellen. Arbeitgeber-Präsident D. Hundt sagte, es könne nicht sein, „dass aus falsch verstandener Klientel-Pflege nun doch bestimmte Einkommensgruppen belastet werden sollen“.

**Weniger Betriebe planen Produktion im Ausland.** – HB, Dienstag, 14.12.99.

– 21 % der westdeutschen Industrieunternehmen planen nach einer Umfrage des DIHT, in den nächsten drei Jahren Produktion ins Ausland zu verlagern. Gegenüber vorherigen Umfragen hat „die Dynamik der Verlagerungsaktivitäten“ im produzierenden Gewerbe nachgelassen. Es sei rückblickend festzustellen, dass sogar ein beachtlicher Teil der Verlagerungspläne aus 1996 nicht realisiert worden sei. Die Gründe für den Rückgang liegen vor allem in den Zielländern deutscher Auslandsinvestitionen: die Asienkrise, Probleme in Russland, Weißrussland und Ukraine sowie schlechte Erfahrungen mit Mentalitäten, Qualitätsorientierung und Zuverlässigkeit am ausländischen Standort.

**BDA-Präsident will Kompromiss bei der Rente mit 60.** – HB, Freitag/Samstag, 10./11.12.1999.

– Die Ankündigung der IG Metall, bei einem Scheitern der Rente mit 60 im nächsten Jahr eine reine Entgeltrunde zu fahren und in die Lohnforderungen neben dem Anstieg der Produktivitätsrate und der Inflation auch eine Umverteilungskomponente einzubeziehen, bezeichnet D. Hundt als ein „ganz schlimmes Signal“: „Wenn es uns 2000 nicht gelingt, deutlich niedrigere Tarifabschlüsse als in diese Jahr zu erzielen, dann wird das erneut ein fatales Jahr“. Presseauswertung: rst

## **einsamen Tarifrunde 2000 für Ost und West" (Auszüge)**

amtinnen und Beamten sowie der Versorgungsbezüge. Gesetzliche Vorgaben sind für die Gewerkschaft ÖTV keine Richtschnur für die bevorstehende Tarifrunde.

(...) Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den neuen Ländern brauchen eine klare Perspektive für die Angleichung der Einkommen und aller tariflichen Arbeitsbedingungen an das westliche Niveau. In der Tarifrunde 2000 fordert die Gewerkschaft ÖTV die Angleichung der Einkommen durch die Vereinbarung eines Stufenplans mit einer überschaubaren zeitlichen Perspektive. Dieses Ziel wird für die Gewerkschaft ÖTV in der Tarifrunde 2000 von zentraler Bedeutung sein. Ohne Angleichung ist ein Tarifergebnis auf dem Verhandlungsweg nicht vorstellbar.

Denjenigen Arbeitgebern, die einer Regionalisierung der Einkommenstarifpolitik im öffentlichen Dienst das Wort reden, erteilt die Große Tarifkommission eine klare Absage. Denn eine solche Po-

litik würde den sozialen Frieden nachhaltig gefährden und eine Unzahl örtlicher und regionaler Tarifkonflikte zwangsläufig zur Folge haben. Das bewährte System von Flächentarifverträgen, das verhindert, den Wettbewerb auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auszutragen, würde grundlegend gefährdet. (...)

Bei der Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze gibt es einen Nachholbedarf im öffentlichen Dienst... Neben der Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze brauchen junge Menschen eine Arbeitsplatzperspektive, auch im öffentlichen Dienst. Die Gewerkschaft ÖTV strebt deswegen eine Vereinbarung zur Übernahme nach der Ausbildung an, mindestens für die Dauer von 12 Monaten nach erfolgreichem Ausbildungsabschluß. Dies gilt gleichermaßen auch für Schülerinnen und Schüler in der Krankenpflege und Geburtshilfe...

•

## 6. Landesparteitag der PDS Sachsen

Sachsen verabschiedete eine Protestresolution gegen die Todesstrafe gegen Mumia Abu Jamal: „Die erste Tagung des 6. Landesparteitages der PDS Sachsen protestiert gegen den angestrebten Justizmord an Mumia Abu Jamal und fordert ein gerechtes Verfahren.“

**„PDS-Landesparteitag Berlin hat keine Zustimmung zu Blauhelm-Einsätzen beschlossen“,** schreibt der Landtagsabgeordnete Marian Krüger in einer Presseerklärung, die wir hier ausführlich dokumentieren zusammen mit dem Beschluss der Landesparteitages:

„Entgegen der im *ND* verbreiteten Meldungen ‚PDS setzt Blauhelm auf‘, ‚Delegierte stellten sich nach heftiger Debatte hinter die Position der Bundestagsfraktion‘, ‚Gysi-Standpunkt wurde gestärkt‘, ‚Ja zu militärischen Einsätzen‘, hat der Parteitag gänzlich andere Positionen beschlossen:“

1. Der Landesparteitag hat eigene außenpolitische Positionen formuliert und keine Zustimmungsadresse an G. Gysi. Dies war möglich, weil der Berliner Antragstext eine kritische Diktion zu den außenpolitischen Essentials der Bundestagsfraktion einnimmt und weil sich Landesvorstand und Kritiker der Linie der Bundestagsfraktion auf einen gemeinsamen Standpunkt geeinigt haben.

2. Insbesondere im Hinblick auf die Rolle der UNO und im Hinblick auf eine internationale Polizeitruppe hat der Parteitag Positionen eingenommen, die in deutlicher Distanz zur Bundestagsfraktion stehen. Ferner hat der Parteitag bekräftigt, dass die Ablehnung der militärischen Staatsräson der Bundesrepublik für uns ein programmatischer Anspruch bleibt und alle Versuche zurückzuweisen sind, programmatische Debatten unter dem Gesichtspunkt der „Regierungsfähigkeit“ bzw. „Koalitionsfähigkeit“ zu führen. Damit ist der Parteitag auch auf Distanz zum außenpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion W. Gehrcke und Bundesgeschäftsführer D. Bartsch gegangen.

3. Auf dem Landesparteitag wurde von zahlreichen Rednerinnen und Rednern gefordert, die Richtungsdebatte in der PDS nicht nach einer KO-Logik zu führen, in der es Sieger- und Verliererplätze gibt. Zustimmung zum Vorsitzenden der Bundestagsfraktion ist und bleibt für den Parteitag kein Wert an sich. Die tendenziöse und einseitige Berichterstattung im *ND* ist nicht geeignet, das ohnehin nicht üppige Vertrauen in die Führungsspitze der PDS zu stärken. Darüber hinaus tut diese Form von Journalismus der unabhängigen Tageszeitung *ND* nicht gut, da sie in fataler Weise an die Hofberichterstattung vergangener Zeiten erinnert.“

## Dokumentiert: Beschluss der PDS Berlin zur UNO

I. Der Landesparteitag stimmt mit der Bundestagsfraktion und dem Bundesvorstand der PDS darin überein, dass die Stellung der PDS zur UNO einschließlich der in den Kapiteln VI und VII gegebenen Gewaltmittel und der damit verbundenen Frage eines Einsatzes deutscher Streitkräfte unter UN-Mandat einer programmatischen Debatte und Positionierung bedarf. Mit den diesbezüglichen Beschlüssen von Fraktion („Zum Einsatz von VN-Truppen in Krisengebieten“) und Vorstand und den damit verbundenen Stellungnahmen von G. Gysi und S. Y. Kaufmann wurde eine offene Debatte eingeleitet, die jetzt konzeptionell und analytisch vertieft und verbreitert werden muss. Das schließt vor allem eine kritische Analyse und die Frage nach zivilen Alternativen zu diesen Einsätzen und der Ursachen, warum sie nicht zustande kommen, ein.

II. Der Beschluss des 6. Bundesparteitages zur programmatischen Debatte orientiert auf einen sachlichen, den gravierenden Umbrüchen in den gesellschaftlichen Verhältnissen angemessenen und offenen Diskurs. Konzepte zu internationalen und nichtmilitärischen Konfliktlösungen sind dabei – aktuell und grundsätzlich – von großer Bedeutung. Der 7. Landesparteitag unterstützt daher den Vorschlag des Parteirates, im Verlauf des Jahres 2000 ein „Friedenspolitisches Forum“ durchzuführen. Der Parteitag bittet alle Genossinnen und Genossen, Sympathisantinnen und Sympathisanten, sich bei allen Kontroversen zum Beschluss der Bundestagsfraktion und in der programmatischen Debatte auf die tatsächlichen Fragestellungen zu konzentrieren, wie auf die Notwendigkeit einer Reform der UNO und der OSZE, die Stellung zu den in den Kapiteln VI und VII der UNO-Charta gegebenen Gewaltmittel sowie die Schaffung wirksamer internationaler und präventiver Sicherheitssysteme.

III. Ausgangspositionen, für die wir uns im Rahmen der weiteren programmatischen Debatte und im Hinblick auf den Bundesparteitag in Münster einsetzen:

1. Weder ein UN-Mandat noch eine Beschränkung der Bundeswehr auf „humanitäre Aufgaben“ darf für die PDS Legitimation sein, Einsätzen der deutschen Streitkräfte im Ausland zuzustimmen. Deshalb bekräftigen wir den Punkt 1 aus dem Beschluss der PDS-Bundestagsfraktion vom 21. Oktober 1999: „Aus einer Vielzahl historischer und politischer Gründe bleibt die Fraktion bei ihrem strikten Nein zum internationalen Einsatz der Bundeswehr.“ Aus der Anerkennung der UN-Charta, einschließlich der Kapitel VI und VII ist für uns in jedem Falle keine rechtliche, politische und moralische Pflicht der Teilnahme deutscher Streitkräfte an solchen UN-Einsätzen

abzuleiten. Vielmehr werden UN-Mandate, insbesondere seit dem Einsatz der Bundeswehr in Kambodscha, durch die Bundesregierung dazu missbraucht, zur Legitimierung deutscher Großmachtinteressen herzuhalten. In jedem Einzelfall der Anwendung der Kapitel VI und VII der UN-Charta geht es für die PDS daher darum, die politischen, ökonomischen und strategischen Zielstellungen der daran beteiligten Staaten herauszuarbeiten und ihre grundsätzliche Ablehnung der militärischen Staatsräson der Bundesrepublik konkret zu begründen.

2. Die UNO und das Völkerrecht sind keine demokratischen Institutionen, sondern durch Großmachtinteressen bestimmt. Sie sind dringend reformbedürftig. Die UNO muss von uns als völkerrechtliche Institution, die einer Selbstmandatierung der NATO als neuer Interventionsmacht entgegensteht, verteidigt werden. Wir stimmen mit der PDS-Bundestagsfraktion darin überein, dass allen Versuchen, das Völkerrecht zur Durchsetzung von Großmachtinteressen der NATO oder einzelner ihrer Mitglieder, wie der USA und der BRD, zu instrumentalisieren, politisch entgegenzutreten ist. In diesem Sinne erwarten wir vom Bundesvorstand und der Bundestagsfraktion der PDS, dass sie die Diskussion durch eine offene Darlegung sachlicher Argumente befördern. Das schließt die Entwicklung einer außenpolitischen Konzeption zur demokratischen Reform der UNO und ihrer Entscheidungsmechanismen im Sinne ziviler Formen der Konfliktvorbeugung und einer gerechten Weltwirtschaftsordnung ein.

3. Die PDS muss alles dafür tun, um einer neuen Aufrüstungswelle entgegenzutreten. Diese Gefahr ist insbesondere durch die Forderungen nach dem Ausbau von militärischen Krisenreaktionskräften, wie sie zuletzt auf der NATO-Ministerkonferenz erhoben wurden, gewachsen. Der Aufbau eines tatsächlichen UN-Gewaltmonopols in Gestalt eigener Interventionsstreitkräfte (z.B. UN-Polizeitruppen) kann nicht losgelöst von seinen möglichen rüstungspolitischen Auswirkungen und Risiken betrachtet werden. Nicht das militärische, sondern das zivile Instrumentarium der UN muss ausgebaut werden.

4. Mit der Formulierung ihrer außen- und friedenspolitischen Positionen übernimmt die PDS eine hohe gesellschaftliche Verantwortung. Sie ist davon geprägt, dass die PDS nunmehr die einzige der im Bundestag vertretenen politischen Parteien ist, die die militärische Staatsräson der Bundesrepublik sowie die Militarisierung der internationalen Beziehungen ablehnt. Dies bleibt für uns ein programmatischer Anspruch. Wir weisen alle Versuche zurück, programmatische Positionen lediglich unter dem Gesichtspunkt der Regierungsfähigkeit bzw. Koalitionsfähigkeit zu diskutieren und zu formulieren.

# Elemente des emanzipierten Sozialismus

Wal Buchenberg

**Das Versprechen des Sowjetsystems, es würde Ausbeutung und Unterdrückung in der Welt beenden, blieb bloße Propaganda. Positives Ziel dieses Systems war, rückständige Gesellschaften zu modernisieren und zu industrialisieren. Seine historische Aufgabe war also keine andere als die des Kapitalismus, nur sollten Modernisierung und Industrialisierung schneller und mancherorts auch „sozial verträglicher“ erledigt werden.**

Die kapitalistischen Gesellschaften gewannen den Systemwettbewerb in der Hauptfrage, wer die Produktivkräfte umfassender entwickeln kann, und bestätigten damit die Theorie von Karl Marx, dass der Sozialismus nur eine Weiterentwicklung des Kapitalismus sein kann. Aber kapitalistische Entwicklung gelingt nur dadurch, dass politische, militärische und wirtschaftliche Macht und die damit verbundenen Kenntnisse in wenigen Händen monopolisiert, die Pflichten und Risiken der Lohnarbeit und die gewollte Ohnmacht des als „Bürger“ und „Wähler“ gekleideten Untertans aber an um so mehr Menschen verteilt werden.

Das Sowjetsystem stritt mit dem Kapitalismus um die Frage: Wofür wird geplant? – Für eine Volkswirtschaft oder nur für einzelne Unternehmen? In beiden Systemen aber bleiben die Werktätigen ohnmächtig und werden von ihren Machthabern verplant und bevormdet: Die einen von ihrer Planerbürokratie und Parteiführung, die anderen von ihren Managern, Politikern und der Staatsbürokratie. Spätestens seit dem Untergang des Sowjetsystems spitzt sich alles auf die Frage zu: Wer plant und entscheidet für wen? Plant und entscheidet eine elitäre Minderheit für und über die Mehrheit oder plant und entscheidet die werktätige Mehrheit für sich und damit über die Gesellschaft?

Längst haben in Deutschland und den entwickelten Gesellschaften des Westens die Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und alle oppositionellen Individuen, Gruppen und Gruppierungen das Machtmonopol von Kapitalisten und politischer Klasse untergraben. Sie unterminieren täglich und wöchentlich das Entscheidungsmonopol der Kapitalisten und ihrer Manager im Kampf gegen Lohnsenkungen, Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und Betriebsschließungen. Die Lohnabhängigen mischen

sich sogar in innerkapitalistische Fragen wie Unternehmensfusionen oder Ladenöffnungszeiten ein. Die Auseinandersetzungen um die Nutzung von neuer Technik wie Gentechnik, Atomtechnik oder Transrapid sind nichts anderes als immer neue Machtfragen. In sozialen Fragen wie der Rentenpolitik, in außenpolitischen Fragen wie Militärinterventionen und Waffenexport oder in der Steuerpolitik wird der Regierung ihr verfassungsmäßiges Entscheidungsmonopol jeden Tag und jede Stunde streitig gemacht. Neben diesen großen politischen Fragen gärt der Kleinkrieg in jeder Stadt um Kindertageseinrichtungen, Schulfragen oder Straßenbau. Dabei wird jedes Mal neu festgelegt, ob die herrschende Minderheit oder die machtlose Mehrheit das Sagen hat. Manchmal verteidigen Teile des Volkes wie im Kampf gegen die Rechtschreibreform einfach nur den schlechten Status quo gegen die Arroganz der Mächtigen. Selbst dann, wenn eine Volksbewegung sachlich im Unrecht ist – darüber muss dann eine sachliche Debatte geführt werden – bleibt sie politisch im Recht gegen die Herrschenden. Indem sich die politischen und gewerkschaftlichen Bewegungen, auch dort wo sie vielleicht sachlich im Unrecht sind, in die „Regierungsgeschäfte“ und in das Management ihrer Unternehmen einmischen, praktizieren sie schon eine Gesellschaft, in der nicht wenige Machthaber, sondern die Werktätigen selbst entscheiden. Eine politische Revolution ist im Gange.

Der Kapitalismus hat mit der Maschinerie und Technik auch die Fähigkeiten und Kenntnisse seiner Lohnarbeiter durch Ausbildung und Wechsel der Tätigkeiten auf immer neue Höhen weiterentwickelt und so die Bedingungen dafür geschaffen, dass die notwendig beschränkten Kenntnisse und Fähigkeiten von allen Einzelnen sich verbinden zu stauenswerten kollektiven Leistungen, die alle Heldenataten der antiken Götter und Helden in den Schatten stellen. Die Elemente einer emanzipierten Gesellschaft brauchen nicht erfunden, sondern können in den bestehenden Verhältnissen entdeckt und aus ihnen entwickelt werden.

Der gesellschaftliche Wille – wirtschaftlich gesprochen der gesellschaftliche Plan – entwickelt sich nur aus dem freien Willen der Individuen. Damit die Mitglieder der Gesellschaft frei entscheiden können, muss jede Monopolisierung von wirtschaftlicher, politischer und militärischer Macht und den damit verbundenen Kenntnissen und Informationen aufgebrochen werden. Nur auf einer freiheitlichen Grundlage kann sich die freiwillige Kooperation in der Gesellschaft entfalten und können sich dadurch die Lösungen für die gemeinschaftlichen Aufgaben entwickeln. Nur auf einer freiheitlichen Grundlage kann die Herausbildung einer neuen Machtelite dauerhaft verhindert werden.

1. Die bisherigen Betriebsräte der Betriebschaften treten an die Stelle der Aufsichtsräte des Kapitals und übernehmen deren Rechte. Kleinbetriebe werden in Genossenschaften umgewandelt.

2. Alle Betriebe führen ihre Kalkulation, Buchführung und Forschung und Entwicklung öffentlich (z.B. im Internet).

3. Jeder hat Anspruch auf dieselbe Ausbildungszeit. Nach einer theoretischen und praktischen Allgemeinausbildung ist die Verteilung der restlichen Bildungsjahre über ein Lebensalter frei.

4. Alle Beschäftigungsverhältnisse werden auf Zeit abgeschlossen. Die langjährige Fesselung an einen Betrieb oder eine einzige Beschäftigung stirbt aus.

5. Auf kommunaler Ebene werden Produkt- und Dienstleistungsbörsen eingerichtet, die landesweit vernetzt sind. An diese Börsen machen die Betriebe ihre Produktions- und Serviceangebote und bestellen dort ihre betriebliche Nachfrage. Die privaten Verbraucher melden ihren privaten Konsum ebenfalls an diese kommunalen Börsen. Hinzu kommt noch die Nachfrage der Kommunen für Gemeinschaftsaufgaben wie Bildung, Kranke, Notzeiten etc., für die die Kommunen besondere Fonds unterhalten. Ein Landesfonds mit Weltgeld wird eingerichtet für den Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem kapitalistischen Ausland. Die kommunalen Börsen verrechnen landesweit Angebot und Nachfrage. Die Kommunen übernehmen die Verteilung und Transport der hergestellten Produkte und bestellten Dienstleistungen.

6. Betriebe und Kommunen sind in ihren Entscheidungen souverän, die Zentralregierung legt nur Leitlinien fest.

7. Alle Repräsentanten (Räte) in Betrieb und öffentlicher Verwaltung (Stadträte, Landesräte) werden jährlich in geheimer und direkter Persönlichkeitswahl (keine Listenwahl) gewählt.

8. Alle Sitzungen von Repräsentanten (Betriebsräte, Stadträte, Landesräte) sind öffentlich für die von ihnen Vertretenen (werden z.B. auch live im kommunalen oder landesweiten Fernsehen übertragen).

9. Alle Grundsatzentscheidungen werden in Urabstimmungen auf betrieblicher, kommunaler oder landesweiter Ebene getroffen. Jede Entscheidung einer Repräsentationsebene kann durch Urabstimmung der jeweils Vertretenen korrigiert werden.

10. Gewerkschaften und Parteien gelten wie Kirchen oder Vereine als private Vereinigungen, die sich selbst verwalten. Gewerkschaften werden aus den Betriebsfonds unterhalten, andere Vereinigungen aus den kommunalen Fonds.

Der öffentliche Leserkreis Hannover der Zeitschrift „Sozialismus“ diskutiert die „Elemente des emanzipierten Sozialismus“ am Dienstag, 11. Januar 2000, um 19.30 im Freizeithaus Linden.

# Ist Russland so korrupt wie sein Präsident?

Im Tschetschenien-Krieg 1994–1996 erlitt Russland militärisch und politisch eine herbe Niederlage. Seine Position im nördlichen Kaukasus wurde erheblich erschüttert. Der Krieg gegen Tschetschenien verschärfte schwelende Konflikte zwischen einzelnen Völkergruppen und trug nicht zur Lösung anderer Konflikte (Nordossetien, Grenzfragen Russland-Georgien, Zukunft der russisch-sprachigen Bevölkerung etc.) bei. Für die Russische Föderation erhob sich die Frage nach ihrer territorialen Integrität, sollten weitere Regionen und Republiken ihre Unabhängigkeitsbestrebungen verstärken.

## Zur Situation in Tschetschenien vor Beginn des zweiten Krieges

In den Jahren nach 1996 geschah wenig, um die Beziehungen Russlands zu Tschetschenien zu klären. Vereinbarungen zum Wiederaufbau des Landes wurden nur zögerlich realisiert. Die soziale Lage in Tschetschenien ist äußerst angespannt, die politische Situation instabil. Unterschiedliche Clans und Feldkommandanten dominieren und befehlen sich gegenseitig. Präsident Maschadow gelang es nicht, das Land unter Kontrolle zu bekommen.

Wie schon vor dem Krieg erweiterten sich die Aktivitäten krimineller Banden. Die russische Pipeline durch tschetschenisches Gebiet wurde wiederholt zum Ziel von Anschlägen und zur Grundlage eines florierenden Handels mit Erdöl, den die Feldkommandanten kontrollieren. Nach vorliegenden Angaben werden rund 120.000 t Erdöl, das aus der Pipeline herausgepumpt wird, in „schwarzen Raffinerien“ verarbeitet. Verkauft wird es in Russland. Geldfälscherwerkstätten haben ihre Blütezeit. Ausgeweitet haben sich Waffen- und Drogenhandel. Geiselnahmen sind an der Tagesordnung, darunter auch Ausländer, die gegen hohe Lösesummen freigelassen werden (oder auch ermordet werden). In diesen Menschenhandel ist der russische Magnat Berezowski aktiv eingeschaltet, der über direkte Kontakte zu den Feldkommandanten verfügt und mit hohen Lösesummen hantiert.

Geld fließt ebenfalls aus dem Ausland. Die tschetschenische Diaspora, flankiert von radikalen moslemischen Gruppen in Saudi-Arabien, Jordanien, Afghanistan u.a. Ländern, leistet direkte materielle und finanzielle Unterstützung für die sog. „Rebellen“, die offenbar mehr einer regulären Armee gleichen. Die tschetschenischen militärischen Kräfte sind gut bewaffnet und verfügen über moderne Ausrüstungen.

Berichten internationaler Agenturen

zu Folge haben militante islamische Gruppen wie Lashkar und Taxyaba in Pakistan und Afghanistan beschlossen, bis zu 50.000 Mann für den „Heiligen Krieg“ zu mobilisieren.

Zunehmende Verbreitung hat in Tschetschenien die Tätigkeit einer moslemischen Sekte der Wahhabiten gefunden, die ihren Ursprung unter Gläubigen in Saudi-Arabien hat. Russische Medien verweisen darauf, dass besonders unter der tschetschenischen Jugend – auch Dagestan – diese Glaubensrichtung starke Verbreitung findet. Der Wahhabismus verficht die reine Lehre und den unmittelbaren Glauben an Allah. Die Ursachen werden in der schwierigen sozialen Lage und der Ausweglosigkeit für viele Menschen gesehen, die es den Feldkommandanten leichter macht, neue Soldaten zu rekrutieren.

Anfang August dringen etwa 1.200 militante Kräfte unter Führung des tschetschenischen Feldkommandanten Schamil Basajew in Dagestan ein, Tschet-

Putin, ein bislang kaum bekannter Mann, erhält den Auftrag des Präsidenten, „mit den Terroristen in Tschetschenien Schluss zu machen“.

Aus Sicht der gegenwärtigen Führung in Moskau wurde der Krieg notwendig, um ein für alle Mal den Boden von „Terroristen“ und Separatisten zu säubern. Jelzin, der der eigentlich Schuldige an den Zuständen in Tschetschenien ist, stellte sich an die Spitze der Kriegspartei und befahl den Krieg.

Eine Woge der Tschetschenienfeindlichkeit und des Nationalismus erfasste das Land. Putin scheint fest entschlossen, der Desintegration Russland scharf entgegenzuwirken. Putins Popularität in der Bevölkerung stieg an. Er wurde in den Umfragen zu einem ernsten Konkurrenten anderer Kandidaten für die Präsidentenwahl im nächsten Jahr.

Kaum zu übersehen ist, dass der Kreml und die Gruppe um Jelzin den Krieg brauchten, um ihre eigene Popularität anzuheben.



**Russische Artillerie in Dagestan**

schenien mobilisiert seine Reservisten, und Russland beginnt den Krieg in Dagestan, der auf Tschetschenien ausge dehnt wird.

Als bundesdeutsche Stimme zum Vorgehen Russlands in Tschetschenien sei hier die „FAZ“ vom 24.11.99 zitiert: „Wer sich diese Tatsachen vor Augen führt, kann der Haltung (Russlands) kaum das Verständnis verweigern“

## Die russische Haltung und innenpolitische Entwicklungen

Fast zur gleichen Zeit, da die bewaffnete Auseinandersetzung begann und in russischen Städten schwere Bombenanschläge verübt wurden, wurde in Russland von Präsident Jelzin ein neuer Premier eingesetzt, den er gleichzeitig als seinen möglichen Nachfolger einführte.

Jedoch haben sich vor den Ereignissen in Tschetschenien Entwicklungen vollzogen, die eine solche Erklärung als zu einfach erscheinen lassen:

Unterschiedliche Kräfte der russischen Elite sind nicht mehr bereit, eine weitere Abwertung der Rolle Russlands auf der internationalen Ebene hinzunehmen und secessionistische Entwicklungen in der Russischen Föderation zu tolerieren.

Den Wendepunkt, der sich vorher schon durch verschiedene Indizien andeutete, stellte der NATO-Krieg gegen Jugoslawien dar. Der Westen ließ Russland einfach beiseite, übergang den UN-Sicherheitsrat, und die USA schufen sich mit der durch die NATO ausgeführte Aktion im Kosovo einen Stützpunkt auf dem Balkan.

Gleichzeitig stellt die NATO-Oster-

weiterung – wie bekannt – für Russland eine strategische Herausforderung dar.

Die Verstärkung der Aktivitäten der moslemischen militanten Gruppen in Tschetschenien und Dagestan ist – wie auch ähnliche Ereignisse in Kirgistan und Usbekistan – eine Bedrohung der Südgrenzen der Russischen Föderation.

Einschätzungen unterschiedlicher Beobachter der Entwicklung in Russland gehen davon aus, dass es in Russland – schon vor der Wahl eines neuen Präsidenten – faktisch zur Entmachtung Jelzins gekommen ist. Akteure dieser Entwicklung sind die Militärs, die sowohl die Niederlage im ersten Tschetschenien-Krieg wettmachen wollen als auch in den Aktivitäten der USA, der NATO und anderer Kräfte eine zunehmende Bedrohung für Russland sehen. Putin folgte der Linie der Militärs und ist deshalb gegenwärtig kaum nur noch als Marionette Jelzins zu betrachten. Inzwischen stellt er eine ernst zu nehmende politische Figur dar. Nicht nur dass er innenpolitisch die Linie der Stabilisierungspolitik Prima- kows weiter verfolgte, es gibt Anzeichen dafür, dass es u. U. sogar zu einer Abstimmung zwischen dem Block Luschkow/Primakow und Putin/Militärs kommen kann. Westliche Pressestimmen jedenfalls befürchten eine solche Entwicklung.

## Zu einigen Aspekten der Entwicklung der Beziehungen Russland – USA/Westen und zu Hintergründen des Tschetschenien-Krieges

Vor allem USA-Analytiker sehen im Tschetschenien-Krieg eine Reaktion Russlands auf Veränderungen in der internationalen Sphäre. So stellt das „Center for Defense Information“ am 4.11.99 fest: „Der russische Überfall auf Tschetschenien stellt eine strategische Entscheidung dar, weil Russland sieht, dass der Zerfall des Imperiums eine bestimmte Grenze erreicht hat.“

Das russische Muskelspiel (s. Jelzin in Istanbul, Jelzins Erklärungen in Peking) ist eine Reaktion vor allem der Militärs und anderer Kreise, die sich dem stärker werdenden Einflusses der USA und der NATO entgegenstellen.

Faktisch ist in der letzten Zeit eine zunehmende Verschlechterung der Beziehungen zwischen Russland und den USA zu verzeichnen. Es zeigen sich nicht nur Differenzen in kritischen politischen Fragen ab, sondern es ist auch eine Zuspitzung im Verhältnis der beiden Staaten wahrzunehmen. Warnend wird von einem Analytiker der Harvard University vermerkt: „Das Kosovo ist ein Beispiel für Russland, dass der Westen in Tschetschenien ähnlich handeln könnte wie dort, als die NATO ohne UN-Mandat und entgegen der Warnungen Russlands intervenierte.“

Mit russischen Worten ausgedrückt

klingt das so: Anatolij Kwaschin, Generalstabschef der russischen Armee: „Der Westen erhöht die Bereitschaft, militärische Gewalt in direkter und in brutaler Form auf verschiedenen Gebieten anzuwenden. Die Operationen im Kosovo und im Irak bekunden diese Bereitschaft. Wir



**Freischärler in Grosny**

müssen davon ausgehen, dass sie das auch auf andere, auch ehemalige Territorien der SU, ausdehnen könnten.“ Nach westlicher Meinung ist das eine irrationale und ideologische Interpretation westlicher Aktionen, die aber „zum mainstream in der russischen Politik geworden sind“. Ihr Sprachrohr sei Verteidigungsminister Sergejew.

Zur Skizzierung dieser Entwicklung folgende Fakten:

Die USA haben begonnen, einseitig neue Abfangraketen zu testen und wollen sie einsetzen. Ihre Begründung: Anti-ballistische Raketen könnten die im ABM-Vertrag festgeschriebene Balance nicht verändern. Russland testet daraufhin – auch unter den ABM-Vertrag fallende – neue CBM (Topol)-Raketen. Ebenfalls Anfang November kauft Russland von der Ukraine 11 strategische Bomber als Kompensation für Schulden für Gaslieferungen. Das in den ABM- und START-Verträgen Erreichte kann von beiden Seiten in Frage gestellt werden. Bis heute verweigert die russische Duma die Ratifizierung des START-Vertrages. Verzeichnet wird in Russland, dass der amerikanische Kongress die Annahme des Atombombenteststopabkommens verweigert hat. Putin hat die Erhöhung der Verteidigungsausgaben angeordnet. 28% der Mittel für Waffenbeschaffung sollen für die Entwicklung neuer Waffen und für die Modernisierung strategischer Waffen eingesetzt werden.

Die USA und Japan verhandeln gegenwärtig über die Einrichtung eines „Theatre Missile Defense“-Systems in Asien, was Japan direkt in militärische Aktionen einbeziehen würde. Der Direktor des russischen Außenministeriums für Sicherheit und Abrüstung Berdennikow äußerte sich während eines China-Besuches darüber sehr besorgt. Russland und China reagieren darauf mit dem Ausbau ihrer militärisch-politischen Allianz.

Die NATO und die USA bauen im Rahmen der „Partnerschaft für den Frieden“ ihre militärische Präsenz in Zentralasien

und in Transkaukasien aus. Kirgisische, usbekische und turkmenische Truppen nehmen an militärischen Übungen gemeinsam mit US-Soldaten teil.

Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich in Aserbaidschan und Georgien ab. Deutlich angehoben wurde die militärische Unterstützung für diese Staaten. Die USA offerierten Aserbaidschan den Bau einer US-Militärbasis in der Nähe des Kaspischen Meeres. Bekannt sind entsprechende Aktivitäten der NATO in der Ukraine. Sowohl der Präsident Georgiens, Schewardnadse, als auch der Aserbaidschans, Alijew, äußerten die Absicht, in Kürze den Antrag auf Aufnahme in die NATO zu stellen. Beide Staaten sind politisch prowestlich orientiert. Dabei steht besonders Aserbaidschan im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der US-Diplomatie.

Ohne Beteiligung Russlands wurde 1998 ein Vertrag über gegenseitige Hilfe zwischen Georgien, der Ukraine, Aserbaidschan und Moldawien (GUAM) abgeschlossen. Der Vertrag sieht sowohl politische wie auch militärische Zusammenarbeit vor. Von Aserbaidschan stammt der Vorschlag, eine „vereinigte Militäreinheit“ zu schaffen, die im Rahmen der „Partnerschaft für den Frieden“, d.h. mit NATO-Unterstützung, eine Einheitsgruppe zur Sicherung von Pipelines darstellt. Die NATO reagierte darauf zurückhaltend, sagte aber Ausbildung- und logistische Unterstützung zu. Der 1993 geschaffene Sicherheitspakt im Rahmen der GUS wurde von diesen Staaten verlassen.

Die Beziehungen Russlands zu Georgien befinden sich nach verschiedenen Attentaten auf Schewardnadse und den Beschuldigungen Russlands, dass Georgien moslemischen Extremisten Unterschlupf und Transit nach Tschetschenien gewährt, auf einem Tiefpunkt.

Von den USA wird in den GUS-Staaten realisiert, was Senator Mitch McConnell 1995 in der „Los Angeles Times“ sagte: „Wir sind bestrebt, die Unabhängigkeit der neuen Staaten der ehemaligen SU zu stärken. Ich werde die Hilfe für sie verstärken und Russland auffordern, ihre territoriale Integrität zu achten.“

Der stellvertretende Außenminister der USA, Talbot, hat in Shuttle-Diplomatie Aserbaidschan und Armenien, durch den Nagorni-Karabach-Konflikt verfeindet, an einen Tisch gebracht und Fortschritte für seine Lösung erzielt. Das geschah ohne russische Beteiligung.

In der kanadischen Zeitung „Globe and Mail“ äußerte der Regierungschef Ungarns, Viktor Orban, dass Ungarn durch eine mögliche Annäherung der Ukraine mit Russland sich bedroht fühle, was erforderlich mache, auf ungarischen Territorium A-Waffen zu stationieren. Russland bezeichnete dieses Ansinnen als direkte Verletzung der Russland-NATO-Erklärung von 1998 und betonte, dass Orban diese Äußerung nicht ohne Wissen des Westens getan habe.

## Geopolitische Aspekte der Situation in Transkaukasien und am Kaspischen Meer

Zitat aus „Energie und Politik in Zentralasien und dem Kaukasus“ (Studie des Nationalen Büro für Asiatische Studien, Washington D.C. 1998, gemeinsam mit Center for Strategic and International Studies, Heritage Foundation u.a.): „Zentralasien und der Kaukasus würden selbst ohne Vorhandensein von Hydrokarbonaten in der Post-Kalte-Kriegs-Welt wichtig sein. Die Region des Kaspiischen Meeres liegt in einer Zone, die nach 1991 über Nacht das wichtigste geopolitische und umstrittene Niemandsland wurde. Ein geografisch riesiges und kulturell sehr verschiedenartiges Gebiet wurde plötzlich für alle Seiten für die geopolitische Konkurrenz geöffnet ... Auch die USA können Zentralasien und den Kaukasus weder ignorieren noch versäumen, ihre Rolle als einzige verbliebene Supermacht zu definieren.“ So geht es zuallererst um eine neue Machtbalance zur Ersetzung der russischen Hegemonie durch andere Kräfte. Die Strategie, um das zu erreichen, erscheint einigermaßen klar: Gelingt es Russland auch weiterhin, das Öl weitgehend allein zu fördern und vor allem über sein Gebiet abzutransportieren, dann würde es anderen Ländern und Kräften schwer fallen, die russische Vorherrschaft zu brechen. „Werden aber Pipeline in andere Richtungen gebaut, dann wird die russische Dominanz dort wesentlich unterminiert werden.“ Daran wurde von allen Staaten der Region des Kaspiischen Meeres und außerasiatischen Staaten aktiv gearbeitet.

Das Kaspiische Becken wird als die drittgrößte Lagerstätte nach der Golfregion und dem sibirischen Ölgebiet betrachtet. Die Vorräte werden auf 29 Mrd. t geschätzt, wovon allein auf Aserbaidschan 11 Mrd. t entfallen.

Der Kampf um die Beherrschung des Kaspiischen Erdöls ist seit 1991 in vollem Gange.

Gegenwärtig existiert die Erdöltrasse Baku-Noworossisk durch Dagestan und Tschetschenien, die von Russland nach Kriegsbeginn geschlossen wurde. Möglichkeiten zum Abtransport des Erdöls wurden durch Einsatz von Tankerflotten geschaffen. Im April 1999 wurde die Pipeline Baku-Supsa (gegischer Schwarzmeerhafen) für Öl und Gas wieder eröffnet. Sie hat eine gegenwärtige Kapazität von 10–15 Mio. m<sup>3</sup>/a.

Schon 1994 wurde der „Vertrag des Jahrhunderts“ zwischen Aserbaidschan, der Türkei und der USA abgeschlossen (Investitionen über 7,5 Mrd. \$), der den Bau einer Pipeline von Baku-Ceyhan (Türkei) vorsieht. Kasachstan vereinbarte einen großen Vertrag mit

China, der die Lieferung kasachischen Öls und Gases nach China vorsieht. In Planung sind weitere Projekte über Georgien, den Iran und Bulgarien nach Westeuropa.

Es wird versucht, Russland sowohl in den geplanten Projekten der Erschließung und Förderung des Öls als auch aus dem Bau der Trassen herauszuhalten. Die eingangs zitierte Studie sagt direkt: „Das ‚Große Spiel‘ (bezogen auf die Auseinandersetzungen um Öl vor dem Ersten Weltkrieg in dieser Region) ist das, was die Regierungen wollen und was die USA unterstützen: nicht russische Pipeline zu bauen, was zum entscheidenden Punkt der US-Politik in Sachen Kaspiisches Meer geworden ist.“

Zbigniew Brzezinski hatte schon 1990 die Idee geäußert, einen eurasischen Korridor zu schaffen, der sowohl das politisch instabile Russland als auch den islamischen Osten vermeidet und Aserbaidschan als Zentrum direkt über Georgien mit dem Schwarzen Meer verbunden. Eine Schlüsselrolle spielt dabei die Türkei, die mit der Oberhoheit über den Bosphorus und die Dardanellen den Zugang des Kaspiischen Öls zu den Märkten Westeuropas wesentlich beeinflussen kann.

Russland steht am Kaspiischen Meer stark unter Druck, verliert Staaten, die ehemals – auch in der GUS – bereit waren, mit Russland zusammenzuarbeiten, und büßt an Terrain ein. Dagegen kristallisiert sich die Türkei immer mehr zur

regionalen Macht mit Unterstützung der USA/NATO heraus, die in den politischen und wirtschaftlichen Überlegungen der Anrainerstaaten und internationalen Ölmultis stark an Bedeutung gewinnt. Die Türkei nutzt dabei die Tatsache, dass die Mehrheit dieser Staaten Turkstaaten sind und bereit sind, sich stärker nach Süden zu orientieren. Die US-Diplomatie folgt den Orientierungen der großen Monopole wie Amoco, Chevron, Exxon, Mobil, British Petrol, Agip u.a. und schafft politisch günstige Voraussetzungen für die Realisierung der Ölpläne. Mit Unterstützung des IWF, der EXIM-Bank und des State Department gelingt es immer mehr, Russland zu isolieren und eine Blockbildung gegen Russland zu organisieren. Diesem antirussischen Block gehören die Türkei, Aserbaidschan und Georgien an. Die Forcierung des „eurasischen Korridors“ ermöglicht die Einschränkung des Einflusses Russlands auf alle Anrainer des Kaspiischen Meeres und verdrängt Russland als Kontrollmacht über Ölquellen und Transportwege.

### Schlussfolgerungen:

Es ist kaum zu übersehen, dass sich eine Wende in den internationalen Beziehungen vollzogen hat und die Zuspitzung der Widersprüche die internationale Situation nicht sicherer macht. Die Aufrüstung geht weiter (Erhöhung des US-Militärbudgets auf 100 Mrd. \$ jährlich) und einmal geschlossenen Verträge, die der Abrüstung dienten, werden in Frage gestellt. Russland ist zu einer Drohpolitik übergegangen, die als Reaktion auf die Isolierungsversuche des Westens zurückzuführen ist. Die USA nutzen die Schwäche Russlands aus und dehnen über die NATO ihre Einflussphäre erheblich aus. Vor allem die russischen Militärs fühlen sich herausgefordert und reagieren mit Gewalt. Der Schwerpunkt der geostategischen Überlegungen der USA verlagert sich immer mehr nach Norden (weg aus dem Raum des Mittleren und Nahen Osten) in Richtung Türkei-russische Grenze.

Der Tschetschenien-Krieg Russlands ist schärfstens zu verurteilen. Er ist aber eine Reaktion auf den sich einengenden Spielraum Russlands. Die Gefahr der Eskalation anderer latenter Konflikte im Kaukasus und Zentralasien ist nicht auszuschließen.

Achim Wahl, AG Mittel- und Osteuropa beim Bundesvorstand der PDS



US-Flugzeugträger "Roosevelt" im Kriegseinsatz gegen Jugoslawien

# Tschechischer Musikwissenschaftler in München

„Musik an der Grenze des Lebens“ hieß eine Veranstaltung, die im Rahmen der 13. Jüdischen Kulturtage am 28. November von der Gesellschaft zur Förderung jüdischer Kultur und Tradition e.V. in Zusammenarbeit mit dem neu gegründeten Tschechischen Zentrum München durchgeführt wurde. Im ersten Teil der Veranstaltung, die im Kleinen Konzertsaal des Münchner Gasteig stattfand, sprach Prof. Dr. Milan Kuna aus Prag. Musik, so der bekannte Musikwissenschaftler, wurde in den faschistischen Gefängnissen, Ghettos, Arbeitslagern und sogar in den Vernichtungslagern unter den unterschiedlichsten Bedingungen gemacht. Sie diente der Stärkung der Widerstandskraft, der Erhaltung der Persönlichkeit, der Entwicklung internationaler Solidarität – dem Überleben.

Prof. Kuna schilderte dies am Beispiel tschechischer Gefangener, darunter der Studenten, die nach der Schließung der Hochschulen im „Protektorat Böhmen und Mähren“ am 17. November 1939 ins KZ Sachsenhausen gebracht wurden. Als diese während einer Scharlachepidemie Anfang 1940 wochenlang in Quarantäne in der Krankenbaracke bleiben mußten, begannen sie, politische Debatten zu führen, Gedichte vorzutragen und ihre heimatlichen Lieder zu singen. Daraus entstand im Laufe der Zeit ein richtiges Sängerensemble, die „Sing-Sing-Boys“. Zunächst heimlich, später mit Duldung der SS-Aufseher (die die meist verklauerten Texte nicht verstanden) trugen sie in den Lagerblocks ein breites Repertoire an Volksliedern, selbstgeschriebenen Songs und satirischen Stücken vor. Grundlage ihres Programms waren Lieder aus dem Prager „Befreiten Theater“ von Jezek mit Texten der beliebten satirischen Schauspieler Jiri Voskovec und Jan Werich. Später kamen auch Volks- und Tanzlieder aus anderen Ländern dazu, womit die Sing-Sing-Boys den Zusammenhalt der Häftlinge verschiedener Nationalitäten förderten.

Neben den „Sing-Sing-Boys“ gab es in Sachsenhausen auch einen tschechischen Chor, der zeitweise bis zu 50 Mitglieder zählte und im Waschraum des tschechischen Blocks heimlich Kunstlieder und ganze Chorwerke von Smetana, Dvorak, Janacek und anderen Komponisten einstudierte.

Als nächstes berichtete Professor Kuna über das Frauen-KZ Ravensbrück, wo an die 800 Tschechinnen eingekerkert waren. Unter ihnen war Nina Jirsíková, die früher in Prag als Tänzerin und Choreographin am Theater D 34 aufgetreten war. Sie tanzte vor den gefangenen Frauen nach den Worten von Gedichten, die die Frauen besonders liebten. Ihre erste Vorstellung gab Nina Jirsíková am Weih-

nachtsabend 1942. Sie selbst berichtet darüber: „Ich stand vor ihnen, vor diesem elenden Publikum, in den Lagerlumpen, die Füße durch die schwere Last der Holzschuhe wie am Boden angewachsen. Und diese Schwere in mir und um mich herum gab den ersten Impuls, mich zu bewegen, und ich begann zu tanzen. Ich bat die Mädchen, mir als Begleitung brummend einen langsamen Walzer zu singen. Sie fingen an, und ich begann pantomimisch unser gemeinsames Leid zu gestalten. Der Ausdruck entstand durch



\* **Tanz im Block der Tschechinnen. Die Zeichnung von Nina Jirsíková und ihre Schilderung im Text wurden dem Buch „Musik an der Grenze des Lebens“ von Milan Kuna entnommen, das im Verlag Zweitausendeins erschienen ist.**

sparsame Bewegungen, er war durch die Füße bestimmt, die am Boden wie festgewachsen waren – als ob ich auf meinem Rücken die ganze Last der gemeinsamen Not tragen müßte. Dann schüttelte ich die Holzschuhe von den Füßen und tanzte frei in den abscheulichen grauen Lagerstrümpfen. Und in dem Maße, wie ich die Last in mir selbst loszuwerden begann, wurden meine Gesten trotziger, und auch den Chor riß es zu schnelleren Rhythmen mit. Die zuschauenden Frauen, die den Raum bis zur letzten Nische füllten, lebten diesen Tanz mit. Anfangs haben sie über meine und ihre Not geweint, dann erhoben sie die Köpfe, standen auf und begannen im Rhythmus mitzuklatschen. Mein Tanz endete in dem Gefühl, daß wir alle ein Körper und eine Seele seien und uns gemeinsam dem Leid entgegenstellten.“ \*

Von vielen weiteren Persönlichkeiten

und Ereignissen berichtete Professor Kuna: Von Emil F. Burian, der im KZ Dachau im Strafkommando härteste Arbeit verrichten mußte und dennoch die Kraft fand, eine – abwechselnd in verschiedenen Sprachen vorgetragene – Aufführung von Rostands „Cyrano de Bergerac“ vorzubereiten, um die Apathie der Häftlinge zu überwinden und ihren Lebenswillen zu wecken. Von den „Smetana-Feiern“ in Mauthausen zu Ehren des 120. Geburts- und 60. Todestages des großen tschechischen Komponisten. Von der Silvesterfeier 1944/45 in Mauthausen, bei der vom Balkon des Lagertores die Fanfaren von Smetanas „Libussa“ erklangen – Symbol der tschechoslowakischen Staatlichkeit. Von Rudolf Karel, der im Gefängnis Pankrac die Märchenoper „Die drei Haare des Großvaters Allwissend“ schuf, deren Niederschrift auf Klappapier von dem Aufseher František Müller aus dem Gefängnis geschmuggelt wurde. Von Jozka Jaburková, die im Bunker des im KZ Ravensbrück die Internationale sang, bevor sie an den Folgen bestialischer Folterungen starb.

Und natürlich von der Musik in Theresienstadt. „Die blanke Not hat bei den Menschen in Theresienstadt niemals das Bedürfnis nach Kultur ersticken können“, sagt Prof. Kuna. Und er schildert die paradoxe Situation: Was „draußen“ verboten und als „entartete Kunst“ verfemt war, konnte in Theresienstadt gespielt werden. Die Zensur kümmerte sich nicht darum. Es war den Nazis egal. Denn nach Theresienstadt kam Auschwitz.

Es war keine „jüdische Musik“, die in Theresienstadt gemacht wurde. Eine der wichtigsten Aufführungen war z.B. das – christliche – Verdi-Requiem. Mit ihm, so Professor Kuna, legten die Künstler „ein Bekenntnis ab zur Kultur des Westens, auf die sie nicht verzichten wollten“. Allerdings hätten viele von ihnen, die vorher meist keine spezifisch jüdischen Werke geschaffen hatten, sich in Theresienstadt intensiver mit ihrer jüdischen Existenz auseinandergesetzt. „Das Werk, das sie geschaffen haben, ist ein jüdisches Werk, und gleichzeitig ein großartiges allgemein-humanistisches Werk.“

Im zweiten Teil des Abends spielten der Geiger Viktor Kuna, ein Sohn von Prof. Milan Kuna, und die Pianistin Dinara Dewischewa Werke tschechischer Komponisten, die in NS-Lagern und Gefängnissen inhaftiert waren, darunter die wundervolle, unerhörte Lebensfreude ausstrahlende „Pankrac-Polka“, die Rudolf Karel der Tochter seines Gefängniswärters gewidmet hat, unter deren Sachen mehr als 270 Blatt Partiturskizzen, auf Toilettenpapier notiert, die Nazi-Herrschaft überdauert haben.

Renate Hennecke

**6. bis 9. Januar:** *Linke Schule in Friedrichroda*, Jugendherberge Rudolf Breitscheid, Waldstr. 25. Anmeldung bei: Christiane Schneider, c/o GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. (0 40) 43 18 88 20, Fax (0 40) 43 18 88 21, E-Mail: gnn-hhsh@otelo-online.de

Veranstalterin: ArGe Konkrete Demokratie - Soziale Befreiung in und bei der PDS. Zu dem Kursangebot siehe Politische Berichte 24 und 25

**7. Januar:** Im Rahmen der Linken Schule findet die Veranstaltung zum Thema: „*Exzessive DDR-Nostalgie“? Die Aktivisten-Bewegung gegen den Strich gelesen* statt. Jens-F. Dwars stellt ein Problem seiner Becher-Biographie und ihrer Aufnahme im „Westen“ vor. 19.30 Uhr, Jugendherberge Friedrichroda

**8. Januar:** *Öffentliche Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie - Soziale Befreiung* in und bei der PDS. Tagesordnung: 1. Tätigkeiten und Vorhaben der ArGe; 2. Programmdiskussion der PDS. Welche Gesichtspunkte ergeben sich aus der Tätigkeit der ArGe? Beiträge. 19.30 Uhr, Jugendherberge Friedrichroda

**8. Januar:** Beratung des *PDS-Parteirates*, 10.30 Uhr, Berlin, Karl-Liebknecht-Haus

**20. Januar:** *Soldatengottesdienst* mit Kardinal Meisner im Kölner Dom und Aktionen dagegen vor dem Dom. Kontakt: PAX AN! Ak Frieden Köln c/o Rolf-R. Noack, Riehler Gürtel 10, 50735 Köln, Tel.: 0221/7602307. Internet: <http://www.is-koeln.de/friedensforum/>

**22. Januar:** Ratschlag „*Für eine politische Regulierung der internationalen Finanzmärkte*“ in Frankfurt. Im Einladungsschreiben (u.a. von WEED, Pax Christi) heißt es: „Wenn es zu einer Krise kommt, werden ... binnen kurzer Zeit die Entwicklungsanstrengungen vieler Jahre zunicht gemacht und Millionen von Menschen in Armut und Elend gestürzt. Zivilgesellschaftliche Akteure in zahlreichen Ländern wollen sich damit nicht länger abfinden und setzen sich dafür ein, die Stabilitätsrisiken der Finanzmärkte wieder einer politischen und demokratischen Kontrolle unterzuordnen ... Auch in der Bundesrepublik haben Nichtregierungsorganisationen damit begonnen, sich mit der Rolle der Finanzmärkte zu beschäftigen und nach Wegen zu suchen, wie das riesige ökonomische Potential der internationalen Finanzmärkte in den Dienst einer sozial gerechten und ökologisch vertretbaren Entwicklung gestellt werden kann. Damit diese Anstrengungen politische Wirksamkeit entfalten können, sollten alle, die an dieser Problematik interessiert sind, ihre Kräfte vernetzen und bündeln.“ Ziel ist die Initierung einer gemeinsamen Kampagne.

**29./30. Januar:** *Bundestreffen der PDS-AG Betrieb & Gewerkschaft* in Hangelsberg bei Berlin

**12. Februar:** *Arbeitsausschuss des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften* in Fulda

**27. Februar:** *Landtagswahlen* in Schleswig-Holstein

**17. März:** *Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen*. Veranstaltet von: Bundesverband, Karlsruhe, Schwarzwaldhalle

**9. April:** 13. *CDU-Parteitag* in Essen

**15.-16. April:** *Bundestreffen des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften*

**19. April:** *Hauptversammlung der DaimlerChrysler AG*, ICC Berlin, mit Aktionen der Kritischen Aktionäre. Kontakt: Dachverband kritischer DaimlerChrysler Aktionäre, Sophienstr. 19, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711/608396, Fax: 0711/608357. E-Mail: orl@gaia.de. Internet: <http://www.dfg-vk.de/orl/index.htm>

ADRESSE AUFKLEBER

**22. – 24. April:** *Ostermärsche* in der ganzen Bundesrepublik

**14. Mai:** *Landtagswahlen* in NRW

**26. Mai:** *Nordatlantische Versammlung*, Frühjahrs-Tagung in Budapest 31.

**31. Mai:** *Deutscher Katholikentag* in Hamburg

**1. Juni:** *EXPO 2000* in Hannover (bis 31.10.)

**6. bis 12. Juni:** *Internationale Luftfahrtausstellung (ILA)* in Berlin Schönefeld und *Gegenaktivitäten von Friedensgruppen*. (Ausstellungsprogramm siehe <http://www.ila-berlin.de>) Kontakt: Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Oranienstr. 25, 10999 Berlin, Tel.: 030/615005-30, Fax: 030/61500529. E-Mail: [info@kampagne.de](mailto:info@kampagne.de) Internet: <http://www.kampagne.de>

**9. Juni:** *Hauptversammlung der Deutschen Bank*, Festhalle Frankfurt mit *Aktionen der Kritischen Aktionäre*. Kontakt: Dachverband Kritische AktionärInnen, Henry Mathews, Schlackstr. 16, 50737 Köln, Tel.: 0221/5995647, Fax: 0221/5991024. E-Mail: [critical\\_shareholders@compuserve.com](mailto:critical_shareholders@compuserve.com) Internet: <http://www.kritischaktionaere.de>

**19. bis 23. Juni:** Le Bourget/Paris: *Rüstungsmesse EUROSATORY 2000* [führende Rüstungsmesse in Europa, <http://www.eurosatory.com>] in Le Bourget bei Paris und entsprechende Gegenaktionen von RüstungsgegnerInnen. Kontakt: European Network Against Arms Trade, Wendela de Vries ENAAT, Pesthuislaan 39, NL- 1054 RH Amsterdam, Tel.: 0031/20/6164684, Fax: 0031/20/6164684. E-Mail: [amokmar@antenna.nl](mailto:amokmar@antenna.nl) Internet: <http://www.antenna.nl/~enaat>

**8. bis 13. Juli:** Europäische Konferenz der PädagogInnen für den Frieden „*Entwicklung einer Kultur des Friedens - für Gerechtigkeit, Solidarität und Demokratie*“ in Paris, UNESCO (Place Fontenoy). Kontakt: PädagogInnen für den Frieden (PPF) Bernhard Nolz, Kölner Str.11, 57072 Siegen, Tel.: 0271/20596, Fax: 0271/2390985 E-Mail: [nolzpopp@t-online.de](mailto:nolzpopp@t-online.de) Internet: <http://www.nadir.org/nadir/initiativ/ppf>

